

Editorial



Ausgabe 06/2010

Liebe Leserinnen und Leser,

die in dieser Ausgabe vorgestellten wissenschaftlichen Beiträge haben ganz unterschiedliche Untersuchungsgegenstände zum Thema – in einer Hinsicht aber lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen: beide Aufsätze greifen nämlich auf die gleichen Datenquelle zurück – den „Generations and Gender Survey“ (GGG) des BiB. Hierbei handelt es sich um eine international vergleichende Panel-Befragung, die in Deutschland erstmals im Jahr 2005 mit über 10.000 Befragten erhoben worden ist. Die Fragen, die im Survey gestellt werden, umfassen ein breites inhaltliches Spektrum und sollen dabei helfen, die Prozesse, die den demografischen Wandel bewirken, besser zu verstehen und zukünftige Entwicklungen fundierter modellieren zu können. Inhaltlich fokussiert der Survey vor allem auf die Generationenbeziehungen (wie hier der Beitrag von Juliane Roloff zeigt) sowie die Geschlechterrollen. Die Analyse von Uta Brehm ist dabei ein gutes Beispiel für die thematische Vielschichtigkeit des Surveys, dessen zweite Welle der Hauptbefragung im September 2008 gestartet wurde und die derzeit wissenschaftlich aufbereitet wird.

Mit vertiefenden wissenschaftlichen Analysen zum GGS befasst sich auch die aktuelle Themenausgabe der „Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft“, deren unterschiedliche Beiträge einen Eindruck der Themenvielfalt des GGS geben.

Darüber hinaus ist seit Oktober 2010 die Nachfolgerin der Zeitschrift, die „Comparative Population Studies“ online verfügbar. Die Publikation wird nun im „open access“-Verfahren bereitgestellt und ist für jeden interessierten Leser frei verfügbar.

Prof. Norbert F. Schneider, Direktor des BiB

Die Erziehungsziele von berufstätigen, arbeitsmarktnahen und als Hausfrau tätigen Müttern: Eine Analyse anhand der Daten des Generations and Gender Survey (GGG) des BiB

Berufstätige Mütter haben es bei der gesellschaftlichen Anerkennung nicht leicht, was auch daran liegt, dass die Meinungen, was eine „ideale“ Mutter ausmacht, in der Bevölkerung weit auseinander gehen – bis hin zu polemischen Formulierungen wie „Rabenmutter“ oder „Heimchen am Herd.“ Dabei haben empirische Studien längst gezeigt, dass eine pauschale Benachteiligung der Kinder durch die mütterliche Berufstätigkeit ausgeschlossen werden kann. Dieser Beitrag möchte die Seite der Mütter betrachten und vor allem auf die Frage fokussieren, welches die wichtigsten Eigenschaften bei der Erziehung von Kindern sein sollten. Gibt es darüber hinaus hier unterschiedliche Wahrnehmungen von Hausfrauen und berufstätigen Müttern und existieren noch kulturelle Unterschiede in diesen Fragen zwischen West- und Ostdeutschland? Ausgehend von der Annahme, dass die grundlegende Erziehung nach wie vor von den Müttern realisiert wird, werden hier auf der Grundlage des GGS Frauen betrachtet, die leibliche oder rechtliche Mütter sind und bei denen noch mindestens ein Kind bis 18 Jahre mit im Haushalt lebt. (Seite 2)



Informelle und materielle Hilfe- bzw. Unterstützungsleistungen – wer sind die Akteure?

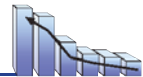
Durch die zunehmende Zahl allein lebender, sehr alter Menschen gewinnen informelle Hilfe- wie auch materielle Unterstützungsleistungen immer mehr an Bedeutung. Der Beitrag befasst sich mit der Frage, wer überhaupt die Akteure dieser Leistungen (also die Helfenden und Schenkenden) sind. Auf der Grundlage des Generations and Gender Survey (GGG) des BiB werden hierfür ihre soziodemografischen Merkmale wie Alter, Geschlecht, Partner- und Elternschaft und sozioökonomische Charakteristika wie Bildung, Erwerbsstatus und Einkommenslage näher untersucht. Anhand multivariater Analysen wird dann der Frage nachgegangen, ob und inwieweit Zusammenhänge zwischen den Merkmalen der Akteure und ihren informellen Tätigkeiten und materiellen Leistungen bestehen. (Seite 12)



Jetzt online verfügbar: Neue Ausgabe der „Comparative Population Studies“



Die neue wissenschaftliche Online-Zeitschrift „Comparative Population Studies“ ist seit Oktober 2010 frei verfügbar unter www.comparativepopulationstudies.de. Die Ausgabe 01/2010 ist erschienen und enthält unter anderem Beiträge zu Fertilitätsmustern zwischen ost- und westdeutschen Frauen, zur Problematik der Kohortenfertilität sowie zu berufsbedingtem Pendeln zwischen zwei Wohnsitzen und den Einkommensveränderungen von Familien bei der Geburt von Kindern. (Seite 28)



Uta Brehm

Die Erziehungsziele von berufstätigen, arbeitsmarktnahen und als Hausfrau tätigen Müttern. Eine Analyse anhand der Daten des Generations and Gender Survey

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eines der zentralen Themen, wenn man sich mit der Rolle der Frau in der Gesellschaft beschäftigt. Beide Ziele, Berufstätigkeit und Mutterschaft, sind gesellschaftlich von hoher Bedeutung.

Dem Anspruch der Vereinbarkeit als berufstätige Mutter gerecht zu werden, ist nicht nur logistisch denkbar schwierig. Auch muss man gesellschaftlich um Anerkennung ringen: die Meinungen zur „idealen“ Mutter gehen in der Bevölkerung weit auseinander (vgl. z.B. Scheuer/Dittmann 2007). Und mit den kontroversen Meinungen sind auch Vorurteile verbunden; Formulierungen wie „Rabenmutter“ oder „Heimchen am Herd“ gehören noch nicht der Vergangenheit an.

Doch welche Auswirkungen hat die Hausfrauen- oder Berufstätigkeit der Mutter tatsächlich auf die Entwicklung des Kindes und wo liegen gegebenenfalls die Differenzen? Diese Fragen zu beantworten, ist ein Ziel der Erziehungswissenschaft – die Ergebnisse sind jedoch vielfältig. Immerhin stimmen die meisten der empirischen Studien darin überein, dass zumindest eine pauschale Benachteiligung der Kinder durch die mütterliche Berufstätigkeit ausgeschlossen werden kann. Ob letztere jedoch positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder hat, oder ob der Tätigkeitsstatus der Mutter für das Kind keinen Unterschied macht, darüber herrscht Uneinigkeit. Vorteile lassen sich in jedem Fall nur innerhalb verschiedener Kontextbedingungen belegen. Weder übermäßige Arbeitszeiten oder ein ungenügendes Angebot für die Kinderbetreuung, noch Rollenkonflikte mit sich selbst oder dem Partner sollten eine berufstätige Mutter belasten (vgl. Brake 2008: S. 113). Dann jedoch profitieren die Kinder durchaus sowohl in ihrer kognitiven, sozialen als auch in der emotionalen Entwicklung von der mütterlichen Berufstätigkeit. Das Fehlen der typischen Rollenfunktionen führt zu einer höheren Selbstwirksamkeit des Kindes; der häufiger autoritative, sich also durch sowohl Emotionalität als auch elterliche Kontrolle auszeichnende Erziehungsstil resultiert in größerer sozialer und intellektueller Kompetenz. Weiterhin stellen berufstätige Mütter höhere Leistungsanforderungen an sich selbst und an ihre Kinder, was sich bei letzteren

in besseren Leistungstests zeigt. Das Mehr an Abwesenheit kann durch eine qualitativ hochwertigere Zeit mit den Kindern kompensiert werden (vgl. Hoffman 2002: S. 75f).

Wie zeigt sich jedoch das Bild, wenn man es von der Seite der Mütter betrachtet? Im Zentrum mütterlicher Erziehung und Fürsorge steht das Wohl des Kindes; die besten und wichtigsten Eigenschaften sollen ihm mit auf den Weg gegeben werden. Was jedoch sind die wichtigsten Eigenschaften, die ein Kind erwerben soll, worauf sollte eine Erziehung abzielen? Gibt es diesbezüglich unterschiedliche Wahrnehmungen von Hausfrauen und berufstätigen Müttern? Bestehen auch in diesem Fall noch „Kulturunterschiede“ entlang der heute unsichtbaren, jedoch für fast vierzig Jahre kaum überwindbaren Grenze zwischen West- und Ostdeutschland? Wenn dies so ist, wo liegen diese Unterschiede? Diese Fragen zu untersuchen, ist Ziel dieses Artikels.

Die Daten

Den Analysen liegen die Daten des Generations and Gender Survey (GGS) zugrunde, der im Jahr 2005 im Auftrag des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) durchgeführt wurde. Die Paneluntersuchung erhebt ausführlich die Familienbeziehungen einer repräsentativen Zielgruppe der deutschsprachigen Bevölkerung zwischen 18 und 79 Jahren, die in Privathaushalten leben. Basierend auf diesen Interviews liegen die auswertbaren Daten von 10.017 Befragten vor.

Ausgehend von der Annahme, dass die grundlegende Erziehung nach wie vor von den Müttern realisiert wird (vgl. Textor 2002: S. 26ff), werden für diesen Bericht lediglich Frauen betrachtet, die leibliche oder rechtliche Mütter sind und bei denen noch mindestens ein Kind bis 18 Jahre mit im Haushalt lebt. Für die Analyse stehen also die Daten von 1.968 Frauen zur Verfügung, wobei diese jedoch zum Zwecke dieser Analyse nach ihrem Tätigkeitsstatus selektiert werden müssen. In der Untersuchung werden daher Mütter betrachtet, die von sich angeben, abhängig beschäftigt oder selbständig, arbeitslos, in Mutterschutz oder Elternzeit oder als Hausfrau tätig zu sein. Aufgrund von zu geringen Fallzahlen können andere Status nicht beachtet werden, somit stützt sich dieser Bericht auf die Angaben von 1.954 Müt-

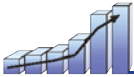


Tabelle 1: Die drei Tätigkeitsstatus

Erwerbstätige	Arbeitsmarktnahe	Hausfrauen
Abhängig Beschäftigte oder selbständige Mütter	Arbeitslose Mütter, die innerhalb der nächsten drei Jahre ...	
	... wieder erwerbstätig sein wollen	... nicht wieder erwerbstätig sein wollen
	Mütter in Elternzeit, die danach die Erwerbstätigkeit bzw. ihre Arbeitsstelle	
	... wieder aufnehmen wollen	... nicht wieder aufnehmen wollen
	Hausfrauen, die innerhalb der nächsten drei Jahre ...	
	... erwerbstätig sein wollen	... nicht erwerbstätig sein wollen

tern. Von ihnen leben 1.484 in den alten und 265 in den neuen Bundesländern (jeweils ohne Berlin), Binnenwanderungen wurden im GGS nicht erfragt und müssen daher auch hier ignoriert werden.

Um Wechselbeziehungen zu den Erziehungszielen auffindig machen zu können, müssen diese Tätigkeitsstatus in vereinfachende Kategorien gruppiert werden. Dafür gibt es verschiedene Vorbilder, deren Gruppierungen jedoch nicht uneingeschränkt dem Zweck dieses Berichtes dienen. Die International Labour Organization (ILO) entwickelte beispielsweise für die Vergleichbarkeit internationaler Arbeitsmarktstatistiken das Labour-Force-Konzept, in dem die drei Kategorien „Erwerbstätige“, „Erwerbslose“ und „Nichterwerbspersonen“ unterschieden werden (vgl. Rengers 2005: S. 1372f.). In diesem Konzept werden die Mütter in Elternzeit noch zu den Erwerbstätigen gezählt, was jedoch nicht viel über deren Arbeitsmarktnähe aussagt: Mütter in Elternzeit können entweder den schnellstmöglichen Weg zurück in die Berufstätigkeit suchen, oder für die nächsten Jahre ihre Aufgaben im Familienmanagement wahrnehmen.

Pfeiffer (vgl. 1996: 123f.) hingegen betrachtet ausschließlich die Nähe zum Arbeitsmarkt, sie unterscheidet die Gruppe der „arbeitsmarktnahen“ Erwerbstätigen, registrierten Arbeitslosen und sonstigen potenziellen Erwerbspersonen von der Gruppe der „arbeitsmarktfernen“ Nichterwerbspersonen und „arbeitsunwilligen“ Personen. Dieses Konzept ist jedoch insofern fragwürdig, als sie Berufstätige und Arbeitsuchende in eine Kategorie der Arbeitsmarktnähe einordnet. Was für ihre Analysen auch durchaus zweckmäßig gewesen sein mag, dient nicht der Aufdeckung von Einstellungsun-

terschieden im Rahmen dieser Analyse. Denn obwohl ein ähnlicher Ausgangspunkt für arbeitsmarktnahe und erwerbstätige Mütter besteht, kann man davon ausgehen, dass die Einstellungen und Erziehungsziele der erwerbslosen, aber arbeitsmarktnahen Frauen sich an die der arbeitsmarktfernen Hausfrauen anpassen, da deren Lebenskontexte ähnlicher sind (vgl. Westerhof 2000: S. 197f.).

Die genannten, für diese Analysen jedoch unzureichenden Kategorisierungen sind nichtsdestotrotz richtungweisend für die folgende Gruppierung der mütterlichen Tätigkeitsstatus. Das Resultat sind drei Kategorien, die sich sowohl am Erwerbstätigkeitsstatus, als auch an der Arbeitsmarktnähe orientieren: „Berufstätige“, „Arbeitsmarktnahe“ und „Hausfrauen“. Die Gruppe der „Berufstätigen“ setzt sich allein und eindeutig aus den abhängig beschäftigten oder selbständigen Müttern zusammen, die Konstruktion der letzten beiden Gruppen ist etwas komplexer. Tabelle 1 erklärt die drei Kategorien.

Ausgehend von diesen unterschiedlichen Tätigkeitsstatus und Lebenskontexten sind auch unterschiedliche Selbstkonzeptionen zu erwarten. Diese werden, wie Bouffard et al. entdeckten, jeweils durch einen erheblichen Teil von der Tätigkeit mitbestimmt (vgl. Bouffard 1996 zit. nach Westerhof 2000: S. 199), was sich wiederum wahrscheinlich auch auf die Einstellungen und Erziehungsziele auswirkt.

Um dies zu überprüfen, werden die drei Tätigkeitsstatus „Berufstätige“, „Arbeitsmarktnahe“ und „Hausfrauen“ mit den Angaben in Beziehung gesetzt, was die Mütter als die wichtigste Eigenschaft für ein Kind empfinden. Zur Auswahl standen im Interview „Gute Umgangsformen“, „Unabhängigkeit“, „Fleiß“, „Verantwortungsgefühl“, „Fantasie“, „Toleranz und Respekt für andere Menschen“, „Sparsamkeit“, „Entschlossenheit und Beharrlichkeit“, „Religiöser Glaube“, „Selbstlosigkeit, Uneigennützigkeit“ sowie „Gehorsam“. Die Antworten der Frauen gelten als Indikator für ihr wesentlichstes Ziel bei der Erziehung ihrer Kinder. Aus analytischen Gründen können von diesen elf Antwortmöglichkeiten jedoch nur diejenigen betrachtet werden, die eine relativ große und damit zuverlässig interpretierbare Fallzahl aufweisen. Für „Fantasie“, „Sparsamkeit“, „Religiosität“ und „Selbstlosigkeit“ trifft dies nicht zu, alle vier müssen aus der folgenden Analyse ausgeschlossen werden. Die verbleibenden sieben Er-

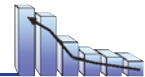


Tabelle 2: Die Erziehungsziele „Konvention“ und „Autonomie“ und ihre Eigenschaften

Konvention	Autonomie
Gute Umgangsformen	Unabhängigkeit
Fleiß	Verantwortungsgefühl
Gehorsam	Entschlossenheit und Beharrlichkeit
Toleranz und Respekt für andere Menschen	

ziehungsziele müssen nun im nächsten Schritt schematisch kategorisiert und zusammengefasst werden, damit sie Signifikanz und Aussagekraft erhalten.

Um diese Kategorisierung legitim und nicht willkürlich vorzunehmen, hilft erneut die Orientierung an bisherigen Forschungsergebnissen. Als richtungweisend für jegliche Forschung auf diesem Gebiet erweisen sich Melvin Kohns Wert-Kategorien der auf „internal standards for behavior“ (Kohn 1989: S. 35) beruhenden „Self-direction“ und der durch „externally imposed rules“ (ebd.) bestimmten „Conformity“ (vgl. Kohn 1989). Meulemann (1996) greift diese beiden Kategorien auf und verwendet sie unter den deutschen Bezeichnungen „Autonomie“ und „Konvention“ in der Erforschung von Erziehungszielen, für die er die Ergebnisse langfristiger Studien wie der des EMNID-Instituts und des Instituts für Demoskopie (IfD) Allensbach sowie die „European values study“ (EVS) untersucht (vgl. Meulemann 1996: S. 121f.). Es liegt nahe, hier nicht nur seine beiden Bezeichnungen „Autonomie“ und „Konvention“ zu übernehmen, sondern auch die Kategorisierungen an seinen zu orientieren, denn ähnlich dem GGS erfragen auch EMNID, das IfD und die EVS die Zustimmung zu mehreren Erziehungswerten. Zusammengefasst lassen sich demnach „Unabhängigkeit“, „Verantwortungsgefühl“ und „Toleranz“ der Kategorie „Autonomie“ zuordnen, während „Gute Umgangsformen“, „Fleiß“ und „Gehorsam“ dem Label „Konvention“ gerecht werden.

Das IfD Allensbach selbst liefert im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eine Ergänzung zu Meulemanns Kategorisierungen: Es bringt den Wert „Durchsetzungsfähigkeit“ ins Spiel, welcher vergleichbar ist mit „Entschlossenheit und Beharrlichkeit“. Da dieser im GGS von den Unterstützern konventioneller Erziehungsziele eher abgelehnt wird und in der Tat wohl kein Zeichen für Konformität und Normtreue ist, kann die Liste der Autonomie-Werte um „Entschlossenheit und Beharrlich-

keit“ ergänzt werden. Weiterhin und entgegen der bisherigen Konstruktion der beiden Wert-Kategorien bezeugt der Bericht des IfD jedoch einen Zusammenhang von „Toleranz“ mit einer Reihe von Konventionswerten (BMFSFJ 2006: S. 6) und macht damit dessen Stellung unter den Autonomie-Werten fragwürdig. Diese Widersprüchlichkeit ist jedoch durchaus plausibel und lässt sich damit erklären, dass Toleranz ein Wert ist, der für das autonome und das konventionelle Leben gleichermaßen erforderlich ist und sich damit in keine der beiden zentralen Kategorien einordnen lässt. Auch im GGS finden sich keine namhaften Parallelen zu einer der beiden Kategorien. Es zeigt sich jedoch, dass „Toleranz und Respekt für andere Menschen“ durchweg einen der höchsten Stellenwerte unter den Erziehungszielen einnimmt. Daher soll dieser Wert im Laufe der Untersuchung kurz allein betrachtet werden.

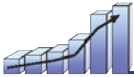
Nach dieser Kategorisierung stehen für die Bildung der Hypothesen und deren Untersuchung nun die beiden Erziehungsziele „Konvention“ und „Autonomie“ bereit, die durch jeweils drei Eigenschaften repräsentiert werden, wie aus Tabelle 2 ersichtlich wird.

Hypothesen zu den Erziehungszielen von Müttern

Die erste Annahme stützt sich zunächst auf die Entdeckung Hoffmans (2002), die die unterschiedlichen Erziehungsziele von berufstätigen Müttern und Hausfrauen untersuchte. Sie fand heraus, dass Unabhängigkeit eine deutlich größere Rolle in der Erziehung durch berufstätige Mütter spielt, während auf Gehorsam eher von den Familienmanagerinnen Wert gelegt wird (vgl. Hoffman 2002: S. 72f). Dies ist zunächst richtungweisend, bietet jedoch Anhaltspunkte, die Analyse hinsichtlich der Erziehungsziele zu detaillieren und bezüglich der Tätigkeitsstatus der Mütter zu erweitern. Daher lautet die erste Annahme:

(1): Hausfrauen legen deutlich häufiger Wert auf Konventions-Eigenschaften als berufstätige oder arbeitsmarktnahe Mütter, und umgekehrt steigt die Zustimmung zu Autonomie-Werten mit der Nähe zum Arbeitsmarkt.

Ein größerer Anteil an Hausfrauen und deren stärkere Anerkennung in den alten Bundesländern ist vielfach belegt, während in den neuen Bundesländern die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt seit der DDR als Normalität anerkannt und realisiert ist (vgl. z.B. Geißler 2006: S. 105f.; Brake 2008: S. 110; Kreyenfeld/ Geisler 2006: S. 337ff.).



Zusätzlich dazu wurden nach der Wende nun auch in Ostdeutschland die politische Freiheit und die Anpassung an westdeutsche Strukturen weitgehend realisiert. In diesem Kontext begründet Meulemann seine Entdeckung, dass die neuen Bundesländer 2001 mehr Zustimmung zu den Autonomie-Werten „Selbständigkeit und freier Wille“ gaben, als die Länder der ehemaligen BRD (vgl. Meulemann 2002: S. 18ff.).

Die zweite Annahme will nun diese beiden Ergebnisse kombinieren und die Erziehungsziele der von diesen unterschiedlichen Strukturen geprägten ost- und westdeutschen Mütter miteinander vergleichen:

(2): Die Autonomie-Werte finden in der mütterlichen Erziehung in den neuen Bundesländern aufgrund des größeren Anteils berufstätiger und arbeitsmarktnaher Mütter mehr Zustimmung als in den alten (jeweils ohne Berlin).

Beschreibung der untersuchten Stichprobe

Bevor mit der Untersuchung der Korrelationen zwischen Tätigkeitsstatus und Erziehungszielen begonnen werden kann, ist zunächst eine deskriptive Analyse der Mütter in Deutschland gemäß den Daten des GGS nötig (Tabelle 3).

Die Zahl berufstätiger Mütter ist in den neuen Bundesländern merklich höher als in den alten, wirklich deutliche Ost-West-Unterschiede gibt es aber erst bei den Arbeitsmarktnahen und den Hausfrauen (Tabelle 3). Im Westen sind es jeweils 23 bzw. 18 % der Mütter, die sich zu einer dieser beiden Kategorien rechnen lassen, im Osten dagegen gibt es etwa ein Drittel Arbeitsmarktnahe und einen wirklich sehr kleinen Anteil an Hausfrauen, zumindest unter den Müttern

Tabelle 3: Tätigkeitsstatus der Mütter in den alten und neuen Bundesländern, in %			
	West	Ost	Gesamtdeutschland
Berufstätige	59	64	60
Arbeitsmarktnahe	23	33	25
Hausfrauen	18	3	16
Gesamt	100	100	100

Datenquelle: GGS, BiB

mit höchstens 18-jährigen Kindern im Haushalt. Die knappen drei Prozent in dieser Kategorie beruhen auf einer wirklich verschwindend geringen absoluten Zahl, weshalb diese Prozentangabe eher als ein Orientierungswert, aber nicht als repräsentatives Ergebnis betrachtet werden darf. Dennoch vermittelt es einen Eindruck davon, dass der Anteil an Hausfrauen in den neuen Bundesländern wirklich bedeutend unter dem in Westdeutschland liegt.

Der im Osten vergleichsweise große Anteil an arbeitsmarktnahen Müttern dagegen ist vor allem der hohen Arbeitslosigkeit geschuldet: Mehr als 70 % der arbeitsmarktnahen Mütter in Ostdeutschland sind arbeitsuchend. Im Westen dagegen besteht dieselbe Gruppe zu einem Großteil aus sich selbst als Hausfrauen bezeichnenden, aber innerhalb der kommenden drei Jahre erwerbsorientierten Müttern. Als „arbeitslos“ bezeichnen sich nur 17 % der Arbeitsmarktnahen. Dies überschneidet sich mit der schon oft erhobenen Tatsache, dass sich Frauen in den neuen Bundesländern von vornherein deutlich häufiger als „arbeitslos“ bzw. „arbeitsuchend“ beschreiben, während sich die Frauen in Westdeutschland, die vorrangig für Heim und Familie tätig sind, eher als „Hausfrauen“ bezeichnen¹ (vgl. z.B. Geißler 2006: S. 105f.). Auch finden sich im Osten deutlich mehr Mütter, die von sich selbst sagen, arbeitslos, Hausfrau oder in Elternzeit zu sein, aber einen baldigen Weg zurück in die Berufstätigkeit suchen. Während dieser Anteil in den alten Bundesländern bei rund 56 % liegt, sind in den neuen fast 90 % der Nichterwerbstätigen arbeitsmarktorientiert.

Dies deckt sich mit den Ergebnissen von Einstellungsumfragen zur traditionellen Arbeitsteilung in beiden Landesteilen. Das Modell mit dem männlichen Ernährer und der Hausfrau für das Familienmanagement findet mit 53 % im Westen zweieinhalb mal so viel Zustimmung (vgl. Scheuer/Dittmann 2007: S. 2), und auch die Frage, ob Kinder unter der Berufstätigkeit ihrer Mutter leiden, findet wesentlich mehr Befürworter in den alten als in den neuen Bundesländern. Betrachtet man die Zustimmung allerdings im Zeitverlauf seit der Wende, ist in ganz Deutschland eine deutliche Abkehr von dieser Haltung zu erkennen (vgl. Scheuer/Dittmann 2007: S. 4).

Leider würde es den Rahmen dieser Analyse sprengen, die Tätigkeitsstatus nach der Anzahl oder dem Alter der Kinder zu differenzieren. Untersuchungen an anderen Stellen bele-

¹ Fast 18 % aller Frauen in den alten Bundesländern geben sich selbst den Titel „Hausfrau“, während sich kaum mehr als drei Prozent der Frauen Ostdeutschlands so bezeichnen. Stattdessen ordnen sich rund 16 % der ostdeutschen Frauen den Arbeitslosen zu, während sich nur 5 % der westdeutschen zu dieser Gruppe zählen.

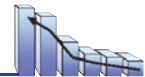


Tabelle 4: Wichtigste Erziehungsziele nach Tätigkeitsstatus, in %

	Erziehungsziel	Berufstätige	Arbeitsmarktnahe	Hausfrauen	Gesamt
Konvention	Gute Umgangsformen	15,3	17,4	22,8	17,0
	Fleiß	8,0	8,0	6,4	7,7
	Gehorsam	1,3	3,0	2,7	2,0
	Gesamt	24,7	28,4	31,8	26,7
Autonomie	Unabhängigkeit	8,3	9,1	4,6	7,9
	Verantwortungsgefühl	29,1	21,2	21,9	26,0
	Entschlossenheit/Beharrlichkeit	3,0	2,8	2,3	2,8
	Gesamt	40,3	33,1	28,6	36,7
Toleranz/Respekt für andere Menschen		31,6	32,2	30,9	31,6
Gesamt (fehlend von 100%: Fantasie, Sparsamkeit, Religiöser Glaube, Selbstlosigkeit)		96,6	93,7	91,4	95,0
Datenquelle: GGS, BiB					

gen allerdings, dass der Anteil der erwerbstätigen Mütter in beiden Landesteilen mit der Anzahl der Kinder stark sinkt, wobei das Erwerbstätigkeitsniveau in Ostdeutschland generell deutlich höher liegt (vgl. Brake 2008: S. 110). Weiterhin steigt der Anteil der berufstätigen Mütter mit dem Alter der Kinder bedeutend an, wiederum mit eindeutigen Ost-West-Unterschieden (vgl. Kreyenfeld/Geisler 2006: S. 347ff.).

Die Erziehungsziele von berufstätigen, arbeitsmarktnahen und als Hausfrau tätigen Müttern

Betrachtet man die von den Müttern als wichtigste Eigenschaften für ihre Kinder angegebenen Werte in Tabelle 4, erkennt man sowohl deutliche Präferenzen insgesamt als auch merkliche Unterschiede zwischen Konventions- und Autonomie-Werten (Tabelle 4).

Die für am wichtigsten empfundenen Eigenschaften sind eindeutig Toleranz, Verantwortungsgefühl und gute Umgangsformen. Mit durchschnittlichen Zustimmungsraten zwischen 15 und 32 % konzentrieren sich bei Weitem die meisten Mütter bei ihrer Erziehung auf diese Eigenschaften. Deutlich weniger Bestätigung erhalten Werte wie Fleiß, Gehorsam, Unabhängigkeit und Entschlossenheit. Da jedoch ausdrücklich die wichtigste Eigenschaft für Kinder erfragt wurde, ist dieses Ergebnis einigermaßen einleuchtend. Dennoch erkennt man Präferenzen. In der Tat finden Konventions-Werte deutlich mehr Zustimmung bei den Hausfrauen

als bei den Müttern in den anderen Gruppen. Gute Umgangsformen empfinden 23 % der Familienmanagerinnen für besonders wichtig, während mit großem Abstand nur rund 15 % der berufstätigen Mütter darauf Wert legen. Eine ähnliche Tendenz findet sich beim Gehorsam: Diejenigen Mütter, die zurzeit nicht berufstätig sind und demzufolge einen Großteil ihrer Zeit zu Hause verbringen, legen mehr Wert auf den Gehorsam ihrer Kinder. Der Fleiß dagegen fällt aus diesem Schema heraus, ihn empfinden die arbeitsmarktnahen und berufstätigen Mütter, sicher gerade wegen ihrer Arbeitsmarktorientierung, als besonders bedeutend. Trotz-

dem zeigen sich insgesamt betrachtet tendenzielle Unterschiede zwischen den Berufstätigen, Arbeitsmarktnahen und Hausfrauen. Immerhin 32 % der letzteren wählen einen der drei Konventions-Werte als wichtigstes Erziehungsziel, unter den berufstätigen Müttern tun dies nur rund 25 %.

Genau gegenteilig verhält es sich bei den Autonomie-Werten. Obwohl Verantwortungsgefühl auch für rund 22 % der Hausfrauen besondere Bedeutung hat, findet diese Eigenschaft um sieben Prozentpunkte mehr Bestätigung unter den berufstätigen Müttern. Auch Unabhängigkeit und Entschlossenheit, obwohl auf weit niedrigerem Niveau, finden mehr Zustimmung bei denjenigen, die dem Arbeitsmarkt nahe stehen oder fest integriert sind. Zusammengefasst heben 40 % der Berufstätigen Autonomie-Werte in ihrer Erziehung hervor, während dies nur rund 29 % der Hausfrauen tun.

Toleranz, die Eigenschaft, die die meisten Mütter für ihre Kinder als besonders wichtig empfinden, zeigt hingegen etwa gleiche Zustimmungswerte in allen Gruppen. Unabhängig vom Tätigkeitsstatus fließt dieser Wert bei einem knappen Drittel der Mütter als wichtigste Eigenschaft in die Kindererziehung mit ein.

Zusammengefasst scheint tatsächlich ein Zusammenhang zwischen der Nähe der Mutter zum Arbeitsmarkt und der Bedeutung von Autonomie-Werten in der Erziehung zu bestehen. Dies lässt die Bestätigung der ersten Hypothese in erreichbare Nähe rücken. Um Sicherheit zu erlangen, müssen

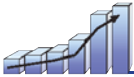


Tabelle 5: Zustimmung zu Autonomie-Werten nach Tätigkeitsstatus und Wohnort

	Zustimmung zu Autonomie-Werten, in %		
	West	Ost	Gesamtdeutschland
Berufstätige	63,1	57,6	62,0
Arbeitsmarkt-nahe	56,5	46,2	53,8
Hausfrauen	47,6	(-)	47,4
Durchschnitt	58,9	53,5	57,9

Datenquelle: GGS, BIB

jedoch die Kontextfaktoren auf ihren Einfluss hin überprüft werden – angefangen zunächst bei der Herkunft der Mütter, auf der bekanntermaßen die zweite Annahme beruht, dass der größere Anteil an Hausfrauen in Westdeutschland zur durchschnittlich konventionelleren Erziehung in diesem Landesteil beiträgt. Dafür seien nun zunächst die sechs hervorgehobenen Autonomie- und Konventions-Werte in ihren Kategorien zusammengefasst und die übrigen Eigenschaften außen vor gelassen. Das Bild gewinnt an Deutlichkeit, jedoch nicht in die vermutete Richtung (Tabelle 5 und 6).

Zu Beginn sei das Augenmerk jedoch erneut auf die Anteile Gesamtdeutschlands gelenkt. Es fällt auf, dass die Konventions-Werte insgesamt weniger bedeutend sind als die Autonomie-Werte. Innerhalb der für diese Analyse zusam-

Tabelle 6: Zustimmung zu Konventions-Werten nach Tätigkeitsstatus und Wohnort

	Zustimmung zu Konventions-Werten, in %		
	West	Ost	Gesamtdeutschland
Berufstätige	36,9	42,4	38,0
Arbeitsmarkt-nahe	43,5	53,8	46,2
Hausfrauen	52,4	(-)	52,6
Durchschnitt	41,1	46,5	42,1

Datenquelle: GGS, BIB

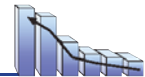
mengestellten Kategorien empfinden durchschnittlich nur 42 % aller Mütter Konventions-Werte als am wichtigsten für Kinder (Tabelle 6).

Betrachtet man die Unterschiede zwischen berufstätigen, arbeitsmarktnahen und als Hausfrau tätigen Müttern, zeigt sich deutlich der Bedeutungsanstieg der Konventions-Werte mit der Distanz zum Arbeitsmarkt. Nur 38 % der berufstätigen Mütter neigen zu konventionellen Erziehungszielen, während mehr als die Hälfte der Familienmanagerinnen ihren Kindern diese Eigenschaften mit auf den Weg geben wollen. Die zum Zeitpunkt der Befragung zu Hause tätigen, aber arbeitsmarktnahen Mütter bewegen sich diesbezüglich im Mittelfeld.

Konzentriert man sich darüber hinaus auf die Unterschiede zwischen Ost und West, zeigt sich ein unerwartetes Bild: die großen Sprünge der Bedeutungsanteile bleiben zwischen den Tätigkeitsstatus zwar bestehen, überraschend ist jedoch die Unterschiedlichkeit zwischen den Landesteilen. Während von den ostdeutschen Hausfrauen leider für diese Analyse keine annähernd repräsentative Stichprobe mehr übrig geblieben ist – zu erinnern ist hierbei an die lediglich drei Prozent Hausfrauen in Tabelle 2 –, geben die restlichen Gruppen dennoch einen Überblick über die Verteilungen. In den neuen Bundesländern hat Konvention bei allen Müttern, insbesondere aber bei den nichtberufstätigen, einen merklich höheren Stellenwert als im übrigen Deutschland. Mit Abständen von fast acht bzw. fünf Prozentpunkten liegen die arbeitsmarktnahen und berufstätigen Mütter klar unter den Landesdurchschnitten ihrer Gruppen. Dies trotz der Annahme, dass die größere Zustimmung zum traditionellen Familienmodell in Westdeutschland auch in größerer Konventionalität in der Erziehung resultiert. Im Gegenteil sind die Erziehungsziele in Ostdeutschland insgesamt etwas konventioneller. Die Hypothese, die Erziehung im Osten sei stärker autonomiezentriert, muss damit klar verworfen werden.

In Werttheorien werden solche Schwankungen und Unterschiede in Werteeinstellungen mit exogenen Unsicherheiten erklärt, also solche wirtschaftlicher oder politischer Natur². Je größer diese exogenen Unsicherheiten sind, die auf die Menschen einwirken, desto mehr Bedeutung messen sie Werten zu, die trotz allem möglichst viel Ordnung, Sicherheit und Verlässlichkeit bringen. Leistung und sozialer Status

² In Ingleharts Theorie des postmateriellen Wertewandels gewinnen in exogener Sicherheit Werte wie Selbstentfaltung, Lebensqualität, Emanzipation und gesellschaftliche Beteiligung an Bedeutung, welche, wenn auch nicht mit absoluter Passgenauigkeit, mit Autonomie-Werten vergleichbar sind. Zu Gunsten dieser postmaterialistischen verlieren hingegen die materialistischen Werte wie Leistung, Sicherheit, sozialer Aufstieg und Prestige an Wichtigkeit, welche wiederum mit Konformität und Konvention verwandt sind (Vgl. z.B. Kroh 2008: S. 480f).



stehen im Mittelpunkt, Konformitäts- und Konventions-Werte werden besonders betont. Sind umgekehrt die exogenen Unsicherheiten gering, verlagert sich die Aufmerksamkeit der Menschen auf die eigene Person, Selbstverwirklichung und Autonomie stehen im Zentrum (vgl. Kroh 2008: S. 480f.; Meulemann 2002: S. 18f).

Um Werteinstellungen zu verstehen, müssen also die äußeren Umstände der Personen betrachtet werden. Damit erklären sich sowohl die langfristige Entwicklung, als auch die heutige Verteilung der Erziehungsziele: Während Autonomie-Werte in der BRD in den Fünfzigern kaum 28 % Zustimmung erhielten, betrug dieser Anteil kurz vor der Wende immerhin 67 % (vgl. Meulemann 1996: S. 76). Nach dem Mauerfall ging der Anteil in Westdeutschland leicht, im Osten jedoch stark zurück und pendelte sich bis 2001 in beiden Landesteilen zwischen 50 und 60 % Zustimmung ein (vgl. Meulemann 2002: S. 19). Auch neuere Untersuchungen belegen, dass sich die allgemeinen Wertvorstellungen von Ost und West angeglichen haben (vgl. Kroh 2008).

Die vorliegende Analyse hingegen kommt zu dem Ergebnis, dass zumindest unter den Müttern Deutschlands und deren Erziehungswerten noch deutliche Ost-West-Unterschiede bestehen. Tatsächlich lässt sich jedoch auch diese Beobachtung anhand des Argumentationsstrangs des Wertewandels erklären, denn gerade unter den Müttern Ostdeutschlands ist eine immer noch vergleichsweise große exogene Unsicherheit plausibel. Wie bereits erwähnt besteht nach wie vor eine beachtliche Arbeitsmarktorientierung unter den Müttern in den neuen Bundesländern, das ostdeutsche Modell der vollzeiterwerbstätigen Mutter wird ähnlich wie zu DDR-Zei-

ten favorisiert. Dem stehen nun jedoch die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Unsicherheit, sowie eine schwierigere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegenüber. Stärker als andere Teile der ostdeutschen Bevölkerung sind die Mütter daher vom strukturellen Wandel und der damit zusammenhängenden Unsicherheit betroffen gewesen und immer noch betroffen, während die Situation für die westdeutschen Mütter nahezu unverändert blieb (vgl. Rosenzweig 2000). Dass die Autonomie-Werte unter den ostdeutschen Müttern deutlich weniger Zustimmung finden, obwohl Studien an anderer Stelle einander angegliche Erziehungsziele und Werteinstellungen in der ost- und westdeutschen Bevölkerung belegen, ergibt also durchaus Sinn.

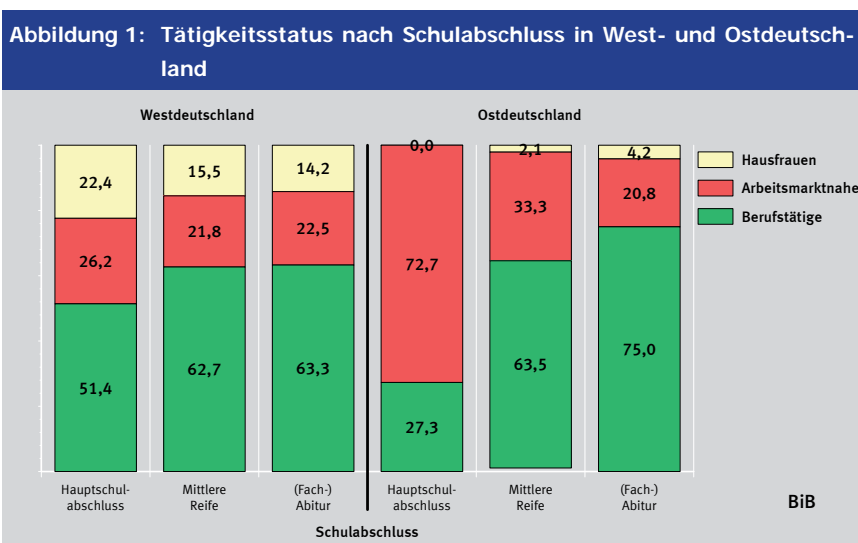
Über die Ost-West-Unterschiede hinaus zeigte Tabelle 4 eine deutliche Zunahme konventioneller Erziehungsziele mit der Distanz zum Arbeitsmarkt. Im Folgenden gilt es jedoch zu untersuchen, ob es tatsächlich die Arbeitsmarktnähe ist, die autonome Erziehungsziele begünstigt, oder ob möglicherweise die Bildung der Mütter den größeren Einfluss hat.

Der Einfluss der Bildung auf die Erziehungsziele

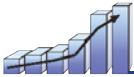
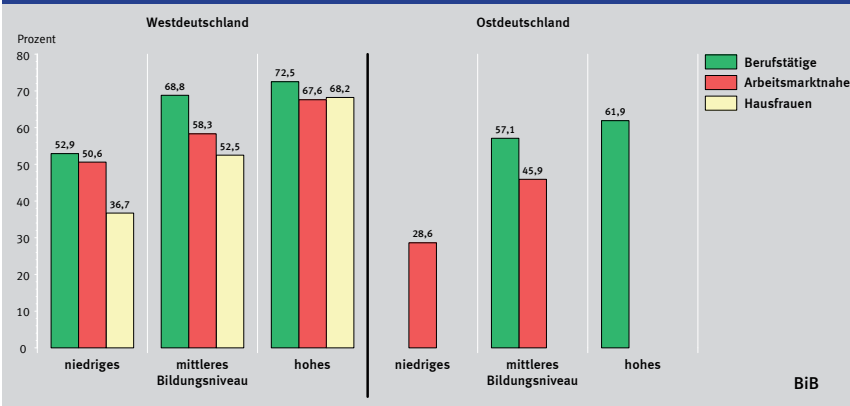
Kohn entdeckte, dass seine Kategorie „Self-direction“ stärker in der Mittel- bis Oberschicht und in Berufen mit Eigenregie ausgeprägt und „Conformity“ vor allem in der Arbeiterklasse zu finden war (Vgl. Kohn 1989: S. 22f.). Nicht allein deswegen ist es erforderlich, die bisher entdeckten Ergebnisse auch auf Einflüsse des Bildungsniveaus als einflussreichen Faktor auf sowohl Tätigkeitsstatus als auch Einstellungen zu prüfen. Als Indikator für das Bildungsniveau dienen die Angaben der Mütter zu ihrem höchsten allge-

meinen Schulabschluss; für die Analyse wird zwischen den gebräuchlichsten Formen „Haupt- oder Volksschulabschluss“, „Mittlere Reife“ und „(Fach-)Abitur“ unterschieden. Allein den Schulabschluss zu benutzen ist durchaus zweckmäßig, da er ein konsistenter Faktor ist, der sowohl den Sozialstatus, die Qualität der beruflichen Ausbildung als auch den Berufsverlauf entscheidend mitbestimmt (Vgl. Mayer/ Blossfeld 1990: 307f.). Deshalb kann er als geeigneter Stellvertreter all dieser Faktoren für die Analyse herangezogen werden (Abbildung 1).

Zu Beginn sei jedoch der Zusammenhang zwischen der Bildung und dem Tä-



Datenquelle: GGS 2005, grafische Darstellung: BiB

**Abbildung 2: Zustimmung nach autonomen Erziehungszielen nach Tätigkeitsstatus und Bildungsniveau in West- und Ostdeutschland**

Datenquelle: GGS 2005, grafische Darstellung: BiB

tigkeitsstatus überprüft. Wie sich in Abbildung 1 zeigt, nimmt der Anteil der nicht berufstätigen Mütter mit steigendem Bildungsniveau merklich ab. Insbesondere in Ostdeutschland sind die Mütter mit höchstens einem Hauptschulabschluss weit seltener berufstätig als diejenigen mit höheren Abschlüssen. Die Grafik suggeriert weiterhin, dass es unter den Müttern mit niedriger Bildung keine einzige Hausfrau gibt. Dies ist jedoch als nicht repräsentativ zu betrachten, sondern sehr wahrscheinlich nur der relativ geringen Fallzahl geschuldet. Obwohl auch in der Bevölkerung zu erwarten ist, dass der Anteil der Hausfrauen deutlich unter dem der alten Bundesländer liegt, sind wohl null Prozent eher utopisch. Die Daten für die alten Bundesländer vermitteln da einen zuverlässigeren Eindruck. Es zeigt sich, dass der Anteil der Hausfrauen mit zunehmender Bildung deutlich sinkt. Eine gängige Erklärung hierfür sind die höheren Opportunitätskosten: Für eine höherqualifizierte Mutter wäre eine langfristige Distanz zum Arbeitsmarkt teurer als für eine niedriger gebildete, da der Ersteren nicht nur ein potenziell höheres Einkommen entgeht, sondern sie auch ihre größeren Karrierechancen aufs Spiel setzt und einen Qualifikationsverlust riskiert (vgl. z.B. Peuckert 2008: S. 120).

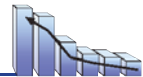
Während die ostdeutschen Mütter mit Abitur zu einem deutlich größeren Anteil berufstätig sind als diejenigen im Westen Deutschlands, ist der Unterschied bei den Müttern mit einem Hauptschulabschluss umgekehrt gravierend: kaum ein Drittel der niedrig Gebildeten im Osten sind berufstätig, während etwa die Hälfte im Westen einen Job hat. Dies ist, gerade in dieser Bildungsschicht, vor allem der hohen Arbeitslosigkeit im Osten geschuldet (Abbildung 2). Betrachtet man nun den Zusammenhang zur Werte-Erziehung, zeigt

sich, dass in den alten Bundesländern tatsächlich besonders die Bildung, aber vor allem in den unteren beiden Bildungsschichten deutlich auch der Tätigkeitsstatus einen Einfluss auf die Zustimmung zu Autonomie-Werten zu haben scheint. Die Gruppe mit höherer Bildung dagegen legt insgesamt mehr Wert auf die Autonomie ihrer Kinder, mit nur einem leichten Vorsprung auf immerhin fast 73 % bei den berufstätigen Müttern. Dass jedoch auch die Hausfrauen dieses Bildungsniveaus die Autonomie so stark hervorheben, lässt sich vermutlich mit der Homogamie der Partner begründen, also ihrer Tendenz einen Part-

ner zu wählen, der möglichst ähnliche Eigenschaften hat, z.B. hinsichtlich der Bildung und der Weltanschauungen. Homogamie ist insbesondere für die höheren Bildungsschichten erwiesen (vgl. Heuzeroth/Dorbritz 2009). Ist also die Mutter höher gebildet, ist sehr wahrscheinlich auch die Bildung des Partners und damit die sozioökonomische Lage der Familie besser (vgl. Hadjar 2006: S. 30ff). Diese Mütter leben demzufolge von weniger finanziellen Problemen belastet und können sich – innerhalb oder außerhalb der Berufswelt – selbst verwirklichen, ohne sich wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftlichen Strömungen unterwerfen zu müssen. Sie sind möglicherweise im Vereins- oder Gemeindewesen besonders aktiv und engagiert und entscheiden sich daher bewusst gegen einen Beruf und für das Hausfrauendasein – und liegen dennoch vom Vorurteil des „Heimchens am Herd“ weit entfernt. Diese Vermutung wäre empirisch weiter zu verfolgen, liefert jedoch zunächst eine Erklärung für die ausgeprägte Autonomie in ihrer Kindererziehung.

Ein weitaus diffuseres Bild zeigt sich bei den Müttern in den neuen Bundesländern. Die in der Abbildung 2 vernachlässigten Kategorien basierten leider, wie sich schon in Abbildung 1 andeutete, auf sehr kleinen und damit unrepräsentativen Fallzahlen, die daraufhin außen vor gelassen werden mussten. Dennoch zeigt sich bei der Betrachtung der Werte für Ostdeutschland, dass die Bildung hier einen noch größeren Einfluss auf die Werte-Erziehung zu haben scheint. Besonders diejenigen mit niedriger Bildung verfolgen sehr deutlich konventionellere Erziehungsziele.

Insgesamt zeigt sich in jedem Fall, dass das Bildungsniveau einen klaren Einfluss auf die Zustimmung zu Konventions- oder Autonomie-Werten in der Erziehung hat. In den



bereits erwähnten Werttheorien wird dies damit begründet, dass sich höher Gebildete meist auch in einer besseren sozioökonomischen Lage befinden und damit seltener Erfahrungen mit Unsicherheit und Benachteiligung gemacht haben. Deshalb können sie sich, wie zuvor erläutert, eher auf ihre eigene Person konzentrieren (vgl. Kroh 2008: S. 483; Hadjar 2006: S. 205f). Dennoch spielt auch der Tätigkeitsstatus in der Werte-Erziehung eine Rolle. Obwohl die Unterschiede in den höheren Bildungsschichten nur marginal sind, zeigt sich doch in Abbildung 2 zumindest für Westdeutschland, dass berufstätige Mütter mit einem Hauptschulabschluss oder der Mittleren Reife deutlich häufiger Wert auf die Autonomie ihrer Kinder legen, als Hausfrauen mit dem gleichen Bildungsniveau.

Fazit

Fasst man die Ergebnisse nun zusammen, zeigt sich, dass durchaus ein Zusammenhang zwischen dem Tätigkeitsstatus und der Einstellung zu Konventions- bzw. Autonomie-Werten besteht. Dieser wird jedoch stark vom Einfluss der Bildung erklärt: Mit steigender Bildung gibt es sowohl immer weniger Mütter, die sich zur „Nur-Hausfrau“ berufen fühlen, als auch immer weniger Hervorhebung von konventionellen Erziehungszielen. Besonders in der höheren Bildungsschicht Westdeutschlands wird dies deutlich, hier lässt sich gar kein Einfluss des Tätigkeitsstatus mehr nachweisen. Um hingegen zuverlässige Aussagen für die neuen Bundesländer treffen zu können, wären weitere Untersuchungen mit größeren Fallzahlen vonnöten.

Daraus ergibt sich, dass die erste Hypothese, dass die Wertlegung auf Autonomie in der Erziehung mit der Nähe zum Arbeitsmarkt steigt, zwar bestätigt werden kann, die Erklärungskraft hierfür jedoch zu einem großen Teil im Bildungsniveau der Mutter und der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Situation liegt. Berufstätigkeit und höhere Bildung bedingen eine bessere sozioökonomische Lage, Situationen der äußeren Unsicherheit werden seltener, in Werte-Einstellungen und -Erziehung haben Selbstverwirklichung und Autonomie Raum.

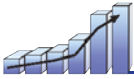
Die zweite Hypothese, dass der kleinere Anteil an Hausfrauen in Ostdeutschland die Wichtigkeit der Autonomie-Werte dort erklärt, muss komplett verworfen werden. Im Gegenteil sind die neuen Bundesländer eher konventioneller eingestellt als die alten. Dies lässt sich wiederum mit der exogenen Unsicherheit der Mütter im Osten erklären, insbesondere die Arbeitslosigkeit fordert ihren Tribut.

Insgesamt zeigt sich, dass die Autonomie-Werte in der Erziehung der Kinder Deutschlands überwiegen, Konventionen jedoch nicht aus den Augen verloren werden. Unabhängigkeit und Verantwortungsgefühl gehen einher mit guten Umgangsformen und Fleiß – eine gute Basis für selbständige, verantwortungsvolle Menschen, die aber ihre Ellenbogen nicht gegen andere einsetzen.

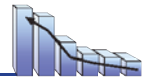
Um weitere Aussagen über die Einstellungen der kommenden Generationen treffen zu können, müssten jedoch weitere Analysen getätigt werden, die dann auch andere familiäre und gesellschaftliche Aspekte berücksichtigen. Gewisse Einflüsse auf die Erziehung lassen sich beispielsweise von der Anzahl und dem Alter der Kinder erwarten, ebenso von der Binnenwanderung, die die Mutter zurückgelegt hat und ihrem Erwerbsstatus in ihrem Job. Diese Ergebnisse ließen sich dann mit der gesellschaftlichen Entwicklung vergleichen, weitere Schlüsse und Prognosen über die (zukünftigen) Werte von Frauen und Kindern wären möglich. Bis dahin hofft allerdings dieser Bericht einen Eindruck von den Einstellungen der Mütter Deutschlands und deren Prämissen in der Erziehung der kommenden Generationen gegeben zu haben.

Literatur

- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006): Einstellungen zur Erziehung. Kurzbericht zu einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage im Frühjahr 2006, Institut für Demoskopie Allensbach, BMFSFJ.
- Brake, Anna (2008): Der Wandel familialen Zusammenlebens und seine Bedeutung für die (schulischen) Bildungsbiographien der Kinder, in: Rohlf, Carsten/ Harring, Marius/ Palentien, Christian (Hrsg.): Kompetenz-bildung: Soziale, emotionale und kommunikative Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95 – 126.
- Geißler, Rainer (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, 4. überarb. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hadjar, Andreas (2006): Bildungsexpansion und Wandel von sozialen Werten, in: Hadjar, Andreas/ Becker, Rolf (Hrsg.): Die Bildungsexpansion: erwartete und unerwartete Folgen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 205 – 230.
- Heuzeroth, Corinna/ Dorbritz, Jürgen (2009): Gleich und gleich gesellt sich gern? – Eine deskriptive Analyse der



- Homogamie von Ehepaaren und nichtehelichen Lebensgemeinschaften im Hinblick auf den Bildungsabschluss der Partner, in: BiB-Mitteilungen 02/2009, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, S. 13 – 19.
- Hoffman, Lois Wladis (2002): Berufstätigkeit von Müttern: Folgen für die Kinder, in: Fthenakis, Wassilios E./ Textor, Martin R. (Hrsg.): Mutterschaft, Vaterschaft, Beltz Verlag, S. 63 – 80.
- Kohn, Melvin L. (1989): *Class and Conformity: A Study in Values. With a Reassessment, 1977*, The University of Chicago Press.
- Kreyenfeld, Michaela/ Geisler, Esther (2006): Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland. Eine Analyse mit den Mikrozensus 1991 – 2001, in: Zeitschrift für Familienforschung 3/2006, Verlag Barbara Budrich, S. 333 – 360.
- Kroh, Martin (2008): Wertewandel: Immer mehr Ost- und Westdeutsche ticken postmaterialistisch, in: Wochenbericht des DIW Berlin 34/2008, S. 480 – 486.
- Mayer, Karl Ulrich/Blossfeld, Hans-Peter (1990): Die gesellschaftliche Konstruktion sozialer Ungleichheit im Lebensverlauf, in: Berger, Peter A./ Hradil, Stefan (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Sonderband 7 der Sozialen Welt, Schwartz Verlag, S. 297 – 318.
- Meulemann, Heiner (1996): Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation, Juventa Verlag.
- Meulemann, Heiner (2002): Werte und Wertewandel im vereinten Deutschland, in: Das Parlament: Aus Politik und Zeitgeschichte 27 – 38/2002, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 13 – 22.
- Nave-Herz, Rosemarie (2001): Gibt es die postmoderne Familie?, in: Hoeltje, Bettina/Jansen-Schulz, Bettina/Liebsch, Katharina (Hrsg.): Stationen des Wandels. Rückblicke und Fragestellungen zu dreißig Jahren Bildungs- und Geschlechterforschung [FS Sommerkorn-Abrahams, Ingrid N.], LIT Verlag, S. 169 – 180.
- Peuckert, Rüdiger (2008): Familienformen im sozialen Wandel, 7., vollst. überarb. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pfeiffer, Barbara (1996): Erwerbsbeteiligung und Stille Reserve ostdeutscher Frauen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1/1996, Verlag Kohlhammer GmbH, S. 117 – 137.
- Rengers, Martina Dr. (2005): Das international vereinbarte Labour-Force-Konzept, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik 12/2004, SFG Servicecenter Fachverlage, S. 1369 – 1383.
- Rosenzweig, Beate (2000): Opfer, Verliererinnen, ungleiche Schwestern?, in: Der Bürger im Staat 4/2000, Deutschland Ost – Deutschland West, Landeszentrale der politischen Bildung, S. 225 – 230.
- Schaeffer-Hegel, Barbara (2001): Technik, Gender und Gesellschaft. Bedingungen und Forderungen einer sich verändernden Arbeitswelt, in: Hoeltje, Bettina/Jansen-Schulz, Bettina/Liebsch, Katharina (Hrsg.): Stationen des Wandels. Rückblicke und Fragestellungen zu dreißig Jahren Bildungs- und Geschlechterforschung [FS Sommerkorn-Abrahams, Ingrid N.], LIT Verlag, S. 197 - 208.
- Scheuer, Angelika/ Dittman, Jörg (2007): Berufstätigkeit von Müttern bleibt kontrovers. Einstellungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland und Europa, in: gesis Informationsdienst Soziale Indikatoren 38/2007, Verlag Pfälzische Post GmbH, S. 1 – 4.
- Textor, Martin R. (2002): Mutterwerdung – Mutterschaft, in: Fthenakis, Wassilios E./Textor, Martin R. (Hrsg.): Mutterschaft, Vaterschaft, Beltz Verlag, S. 27 – 47.
- Westerhof, Gerben J. (2000): Arbeit und Beruf im persönlichen Sinnsystem, in: Dittmann-Kohli, Freya/Bode, Christina & Westerhof, Gerben J. (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte – Psychologische Perspektiven. Ergebnisse des Alters-Survey, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Band 195, Verlag W. Kohlhammer, S. 195 – 246.



Juliane Roloff

Informelle und materielle Hilfe-/Unterstützungsleistungen – Wer sind die Akteure?

Angesichts einer alternden Gesellschaft, die unter anderem durch eine zunehmende Zahl allein lebender, vor allem sehr alter, Menschen geprägt ist, gewinnen informelle Hilfe- wie auch materielle /Unterstützungsleistungen immer mehr an Bedeutung. Diese sind eine besondere Dimension sozialer Beziehungen. „Soziale Beziehungen sind Gegenstand klassischer mikrosoziologischer und sozialpsychologischer Theorien ... Der Begriff der sozialen Beziehungen bezeichnet ... die wechselseitige Beeinflussung des Verhaltens von Individuen. ... Soziale Beziehungen lassen sich unter verschiedenen Gesichtspunkten klassifizieren“ – darunter nach der „Leistung der sozialen Beziehung“ (Wagner; Schütze; Lang 1996: 304). Und hierunter fallen somit auch informelle und materielle Hilfe-/ Unterstützungsleistungen.

Während man unter materieller Unterstützung Sach- und Geldgeschenke an Personen vorwiegend innerhalb, aber auch außerhalb der Familien versteht, wird informelle Hilfe oder auch informelle Arbeit definiert als „produktive Tätigkeiten für die (a) kein Lohn gezahlt wird und/oder (b) für die keine Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden und die somit in keiner offiziellen Statistik auftauchen ... Familiäre Beziehungen spielen aufgrund räumlicher Nähe zwischen den Familienmitgliedern eine wichtige Rolle bei informellen Unterstützungsleistungen“ (Hank/Erlinghagen 2008: 11). Findet informelle Arbeit in Anbindung an eine Organisation außerhalb privater Haushalte bzw. außerhalb der Familie statt, spricht man in der Regel von ehrenamtlicher Tätigkeit bzw. ehrenamtlichem Engagement (siehe ebenda: 12).

Literatur über informelle und materielle Leistungen findet man überwiegend im Kontext mit deren Intensität während der zweiten Lebenshälfte, des Übergangs von der Erwerbsarbeit zur Rente oder des dritten Lebensalters (in der Regel

60 bis 75 Jahre) zudem verbunden mit der Frage nach deren Unterstützungspotenzial. Stellvertretend für viele hierfür seien neuere Beiträge genannt von Kohli/Künemund/Motel-Klingebiel/Szydlik 2000; Künemund 2006; Hank/Stuck 2008; Erlinghagen 2008. Fast alle diese Beiträge beruhen auf Ergebnissen des Alterssurvey, des „Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe“ (SHARE) und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)¹.

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Frage, wer überhaupt die Akteure der informellen und materiellen Hilfe-/Unterstützungsleistungen (die Helfenden und Schenkenden) sind. Hierfür werden ihre soziodemografischen Merkmale wie Alter, Geschlecht, Partner- und Elternschaft und solche sozioökonomischen Charakteristika wie Bildung, Erwerbsstatus und Einkommenslage näher untersucht. Es wird dann anhand multivariater Analysen der Frage nachgegangen, ob und inwieweit Zusammenhänge zwischen den o. a. Merkmalen der Akteure und zum einen ihren informellen Tätigkeiten und zum anderen ihren materiellen Leistungen bestehen.

Grundlage hierfür bildet eine Auswertung gewichteter Daten von 10.017 Frauen und Männern im Alter von 18 bis 79 Jahren der 1. Welle des deutschen Generations and Gender Survey. „Der Generations and Gender Survey (GGS) ist eine Bevölkerungsumfrage, die erstmals im Jahr 2005 in Deutschland im Auftrag des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung (BIB) ... durchgeführt wurde. Im Mittelpunkt der Umfrage stehen Fragen zu Fertilität, Partnerschaftsentwicklung und Generationenbeziehungen“ (Ruckdeschel et al. 2006: 7).

Die vorliegenden Ergebnisse sollen als Ergänzung zu den oben angeführten Veröffentlichungen dienen. Zudem sollen Rückschlüsse auf das künftige Hilfe-/Unterstützungspotenzial der Familienangehörigen, aber auch von Freunden, Bekannten und Nachbarn gezogen werden.

¹ Der Alterssurvey des Deutschen Zentrums für Altersfragen, finanziell gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ist eine bundesweite repräsentative Befragung von Personen im Alter zwischen 40 und 91 Jahren. Er wurde in den Jahren 1996 und 2002 durchgeführt. Die dritte Befragungswelle erfolgte im Jahr 2008. Der 2004 in 11 Ländern erstmals erhobene SHARE enthält Mikrodaten zur Gesundheit, der sozioökonomischen Lage und sozialen und familiären Netzwerken von 40 Tausend Personen im Alter von 50 und mehr Jahren. Das SOEP ist eine seit 1984 repräsentative Wiederholungsbefragung von denselben Personen und Familien. In der 1. Welle (1984) beteiligten daran in Westdeutschland 5.921 Haushalte mit 12.290 Personen; in der 24. Welle (2007) waren es (sowohl in West- als auch Ostdeutschland) noch 3.337 Haushalte mit 5.963 Personen (DIW), wobei im Laufe der Jahre die Stichprobe ergänzt und aufgestockt wurde.

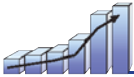
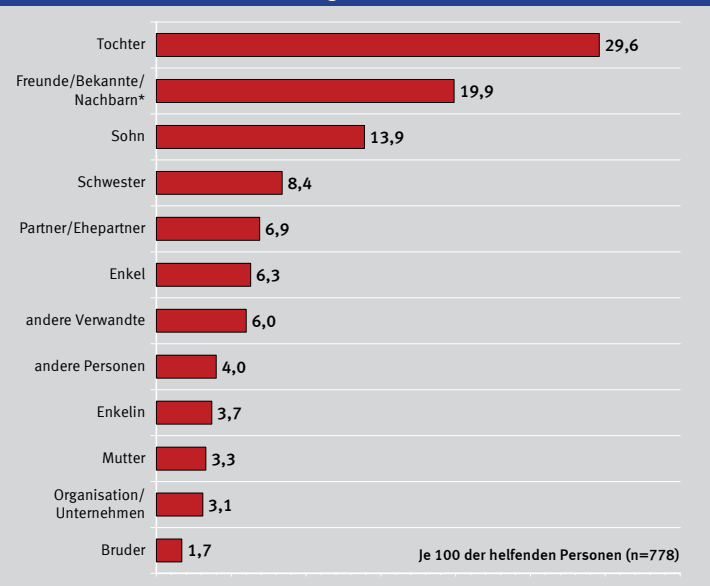


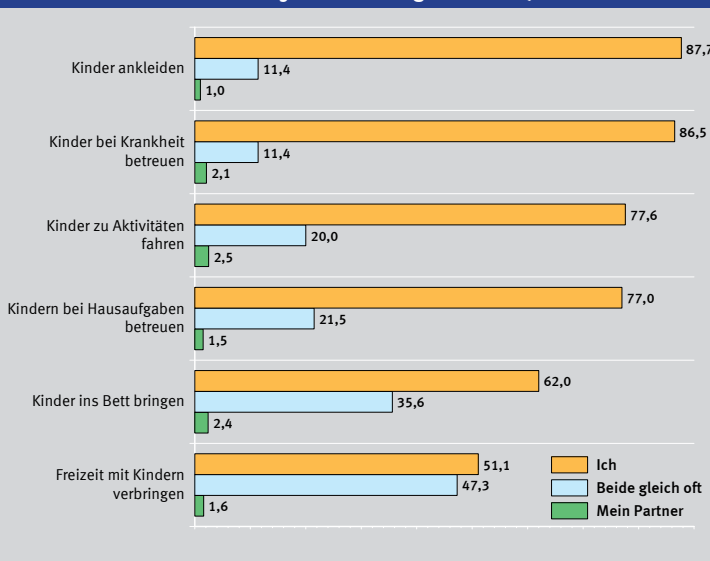
Abbildung 1: Wem wird regelmäßig bei der Kinderbetreuung geholfen? (nur Angaben ab 1 %)



* Einschließlich Kollegen
 Datenquelle: GGS 2005, eigene Berechnungen, Grafische Darstellung: BiB

BiB

Abbildung 2: Wer erledigt Aufgaben der Kinderbetreuung im Haushalt? (je 100 befragte Frauen)



Datenquelle: GGS 2005, eigene Berechnungen, Grafische Darstellung: BiB

BiB

Ergebnisse

1. Kinderbetreuung

Von allen im GGS befragten Frauen und Männern hatten 778 bzw. 7,8 % regelmäßig nicht eigene Kinder im Alter von 0 bis unter 14 Jahre betreut².

Abbildung 1 gibt einen Überblick über die Personen, denen bei der Betreuung der Kinder regelmäßig geholfen wurde. Mit 29,6 % stehen hier an erster Stelle die Töchter. Bereits an zweiter Stelle, noch vor den Söhnen (13,9 %), folgen Freunde, Bekannte, Nachbarn und/oder Kollegen (19,9 %)³.

10,8 % der Personen, denen bei der Kinderbetreuung geholfen wurde, lebten zu dieser Zeit mit im gleichen Haushalt.

Dass den Söhnen im Vergleich zu den Töchtern bei der Betreuung ihrer Kinder in einem prozentual geringeren Maße geholfen wird, dürfte damit zusammenhängen, dass den Söhnen in ihrer Eigenschaft als Väter zumeist eine (Ehe-)Partnerin zur Seite steht.

Frauen sind im Allgemeinen mehr für die Kinderbetreuung verantwortlich als Männer, was anhand der Abbildung 2 sehr deutlich zu sehen ist: Auf die Frage hin, wer, wenn man mit Kindern zusammen lebt, im Haushalt z.B. die Aufgabe „Kinder ankleiden oder darauf achten, dass sie richtig angezogen sind“ normalerweise erledigt, antwortete die übergroße Mehrheit der Frauen mit unter 14-jährigen Kindern (87,7 %), dass sie es allein täten. 11,4 % der Frauen gaben an, dass sie und ihr Partner dies ungefähr gleich oft erledigen würden. Dahingegen ist nur ein Bruchteil der Partner (1 %) allein dafür verantwortlich. Die Aufgaben „Kinder bei Krankheit betreuen“, „Kinder zu Aktivitäten (z.B. zum Kindergarten, zur Schule) fahren“ „Kinder bei den Hausaufgaben betreuen“, und „Kinder ins Bett bringen“ werden ebenfalls von den Frauen mehrheitlich allein bewältigt. Eine Ausnahme bildet nur „Freizeit mit den Kindern verbringen“: Hieran sind zu einem relativ hohem Anteil (47,3 %) beide Partner gemeinsam beteiligt. Dagegen werden alle übrigen in Abbildung 2 aufgeführten Aufgaben von den (Ehe-)Männern so gut wie gar nicht allein übernommen.

Somit verwundert es auch nicht, dass 65,4 % der Befragten, die anderen Personen bei der Kinderbetreuung geholfen hatten, Frauen waren.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Betreuungsleistungen sind unabhängig vom jeweiligen Erwerbsstatus gegeben. 8,2 % der erwerbstätigen Frauen, aber nur 4,4 % der erwerbstätigen Männer waren an der Kinderbe-

² Die entsprechende Frage im GGS lautet: „Haben Sie in den letzten zwölf Monaten anderen Personen regelmäßig bei der Kinderbetreuung geholfen?“

³ Leider wurde hier nicht differenzierter gefragt – z.B. nur Freunde oder nur Nachbarn.

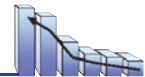
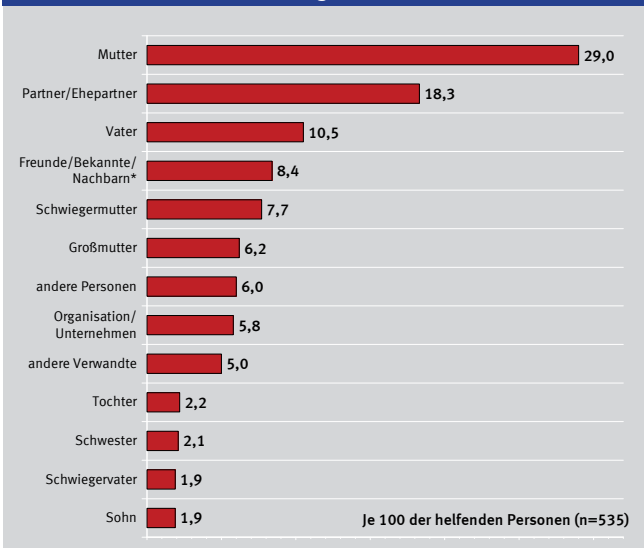


Abbildung 3: Wem wurde bei täglichen Verrichtungen geholfen (nur Angaben ab einem Prozent)?



* Einschließlich Kollegen
 Datenquelle: GGS 2005, eigene Berechnungen, Grafische Darstellung: BiB

BiB

betreuung beteiligt. Bei den Arbeitslosen war die Differenz zwischen Frauen (8 %) und Männern (6,1 %) noch vergleichsweise gering. Dagegen sind die Unterschiede bei den sich in Ausbildung/Studium zum einen, im Ruhestand zum anderen befindlichen Probanden augenfällig: 5,7 % der auszubildenden/studierenden Männer halfen anderen bei der Kinderbetreuung; mit 18,1 % der analogen Frauengruppe war es um ein Vielfaches mehr. Bei den Ruheständlern machte der Abstand 7,8 % (Männer) zu 14,6 % (Frauen) aus. 9,5 % der im GGS ausgewiesenen Hausfrauen⁴ betreuten andere Kinder.

75,2 % der Frauen und Männer, die anderen bei der Kinderbetreuung halfen, hatten selbst Kinder, davon 23,8 % ein Kind und 31,9 % zwei Kinder.

In Bezug auf das Alter der Helfenden lässt sich feststellen, dass Jüngere (hier unter 50-Jährige) in erster Linie Freunde, Bekannte, Nachbarn, Kollegen bei der Kinderbetreuung unterstützten: 34,2 % der 18- bis 29-Jährigen, 42,7 % der 30- bis 39-Jährigen und 31,8 % der 40- bis 49-Jährigen. Im Vergleich hierzu waren es nur wenige 5 bzw. 4,4 % der 50- bis 64- bzw. 65- bis 79-Jährigen. Diese betreuten vielmehr die Kinder zum einen ihrer Töchter (57 bzw. 45,6 %), von den Jüngeren waren es hier nur die 40- bis 49-Jährigen (17,3 %). Zum anderen halfen 20,8 % der 50- bis 64-Jährigen und 30 % der 65- bis 79-Jährigen ihren Söhnen bei der

Betreuung der Kinder. Demgegenüber hatten 2,7 % der 18- bis 29-Jährigen und mit 4,5 % ebenfalls nur relativ wenige der 40- bis 49-Jährigen diese Hilfe geleistet.

Insbesondere bei den Älteren dürfte es sich wohl unter anderem auch um ihre Enkelkinder handeln. Eine entsprechende nähere Untersuchung ergab, dass 16,5 % der 50- bis 79-Jährigen, die bereits Groß- und Urgroßeltern waren (n= 2.326), regelmäßig ihre unter 14-jährigen (Ur-)Enkelkinder betreuten, und davon waren es in der Mehrheit, 71,4 %, Frauen. Das ist mit ein Beleg dafür, dass Großmütter innerhalb der Familie die ersten Ansprechpartner für die Kinderbetreuung sind und somit gilt: „Die Enkelbetreuung ist quantitativ mit am bedeutsamsten und bildet ein Band zwischen der Tochtergeneration und den Müttern bzw. Großmüttern. Denn im Rahmen von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung ist es deren Rolle; und sie unterstützen damit Töchter und Schwiegertöchter“ (Dallinger/Walter 1999: 72).

2. Hilfe bei Alltagsverrichtungen (Pflege)

535 bzw. 5,3 % der im GGS befragten Frauen und Männer hatten anderen Personen bei täglichen Verrichtungen geholfen.⁵

Einen allgemeinen Überblick über die Zielgruppen der regelmäßigen Hilfe bei täglichen Verrichtungen vermittelt dazu Abbildung 3.

Es wird deutlich, und dies bestätigen auch andere soziologische Erhebungen, dass Eltern und (Ehe-)Partner/innen die Hauptadressaten für Hilfe- und Pflegeleistungen sind: 29 % der im GGS befragten Frauen und Männer halfen ihrer Mutter, 18,3 % dem/der (Ehe-)Partner/in und 10,5 % dem Vater. Dem folgen aber bereits an vierter Stelle mit 8,4 % Freunde, Bekannte etc. (vgl. Abbildung 3).

Es liegt nahe, dass die zu betreuenden Partner/innen zum einen und die Kinder zum anderen mit im Haushalt der Helfenden wohnen. Von den Eltern (einschl. Schwiegereltern), die Hilfe bei den Alltagsverrichtungen benötigten, waren 29,4 % im Haushalt ihrer (Schwieger-)Kinder anzutreffen.

Insbesondere Eltern⁶, die allein lebten, erfuhren von ihren Kindern Hilfe. Das betraf 73 % bzw. 80 % aller zu betreuenden Mütter bzw. Väter. Zudem wurde vor allem hochbetagten Eltern bei den alltäglichen Verrichtungen geholfen. 61 % der Mütter bzw. 54,8 % der Väter, die von ihren Kin-

⁴ Mit einer Fallzahl von 22 waren hier die Männer unterrepräsentiert.

⁵ Im GGS wird dazu gefragt: „Haben Sie in den letzten zwölf Monaten anderen Personen regelmäßig bei täglichen Verrichtungen, wie z.B. essen aufstehen, anziehen, baden oder zur Toilette gehen, geholfen? (Bitte zählen Sie Kinderbetreuung nicht dazu)“

⁶ Im Zusammenhang mit Hilfeleistungen bei Krankheit wären auch die soziodemografischen Merkmale (wie unter anderem Alter, Lebensform, Beeinträchtigungen) aller Empfänger der analogen Leistungen von Interesse. Dies konnte mit dem GGS nicht geleistet werden.

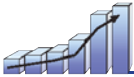
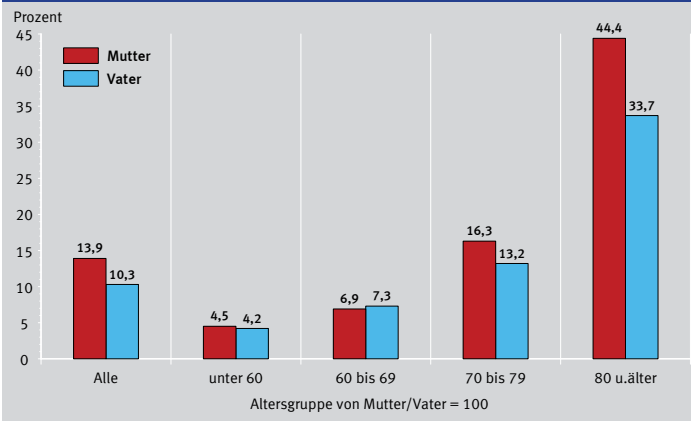


Abbildung 4: Anteil von Mutter/Vater der im GGS befragten Personen, die wegen körperlicher/geistiger Behinderungen in ihren normalen Alltagsverrichtungen eingeschränkt sind nach dem Alter



Datenquelle: GGS 2005, eigene Berechnungen, Grafische Darstellung: BiB

BiB

dern betreut wurden, waren 80 Jahre und älter. Dies ist insofern nicht verwunderlich, da ja gerade bei den Hochbetagten die Zahl der Pflegebedürftigen besonders hoch ist. Entsprechend der amtlichen Pflegestatistik 2007 waren wenige 0,5 % der unter 60-Jährigen, 2,2 % der 60- bis 69-Jährigen, 7 % der 70- bis 79-Jährigen, hingegen 30,9 % der ab 80-Jährigen pflegebedürftig.

Abbildung 4 zeigt, dass die Tatsache „je älter, um so höher ist das Risiko für eine Pflegebedürftigkeit“ auch für die Mütter und Väter der im GGS Befragten ihre Gültigkeit hat. Die entsprechende Frage lautete: „Ist Ihre Mutter/Ihr Vater aufgrund von körperlichen und geistigen Problemen oder Behinderungen in ihrer/seiner Fähigkeit eingeschränkt, normale Alltagsverrichtungen auszuführen?“ Bejaht wurde dies von 605 (13,9 %) der Befragten für ihre Mutter und von 323 (10,3 %) für den Vater. Anhand der Abbildung 4 ist zu sehen, dass der höchste Anteil der behinderten Mütter/Väter mit 44,4 bzw. 33,7 % bei den Hochbetagten liegt. Im Vergleich dazu waren von den 60 bis 69 Jahre alten Mütter und Vätern keine 10 Prozent (6,9 bzw. 7,3 %) in ihren Alltagsverrichtungen eingeschränkt.

Augenfällig sind bei den Hochbetagten die zwischen Müttern und Vätern unterschiedlich hohen Anteile der gesundheitlich Eingeschränkten. Diese Geschlechterdifferenz wird von der amtlichen Statistik bestätigt: „Auffallend ist, dass Frauen ab ca. dem achtzigsten Lebensjahr eine deutlich hö-

here Pflegequote aufweisen – also eher pflegebedürftig sind als Männer dieser Altersgruppen. So beträgt z. B. bei den 85- bis unter 90-jährigen Frauen die Pflegequote 41 %, bei den Männern gleichen Alters hingegen „nur“ 28 %“ (Statistisches Bundesamt 2008: 5).⁷

Im Kontext mit dem Alter der helfenden Personen lassen sich ebenfalls unterschiedliche Dimensionen feststellen. Am wenigsten hatten die beiden unteren Altersgruppen Hilfe-/Pflegeleistungen übernommen: Von den 18- bis 29-Jährigen waren es lediglich 65 Personen bzw. 3,7 % und von den 30- bis 39-Jährigen nur 67 Personen bzw. 3,4 %. Dagegen waren es bei den beiden ältesten Gruppen um einiges mehr: 187 Personen bzw. 7,8 % der 50- bis 64-Jährigen und 109 Personen bzw. 6,1 % der 65- bis 79-Jährigen. 41,7 % der 50- bis 64-Jährigen halfen ihrer Mutter; dem folgen der Vater (16 %) und (Ehe-) Partner/in (11,2 %). Bei den 65- bis 79-Jährigen war da-

hingegen der/die Partner/in mit 50,5 % der Hauptadressat ihrer Hilfeleistungen. Gerade in diesem Alter lässt sich ein relativ hoher Anteil pflegender Männer feststellen. Die Auswertung des GGS ergab, dass 44,6 % der 65- bis 79-Jährigen, die ihrem/ihrer Partner/in bei den täglichen Verrichtungen halfen, männlich sind. Das bestätigen u. a. Untersuchungen von Schupp/Künemund (2004): „...aber auch über 60-jährige Männer sind überdurchschnittlich häufig pflegerisch tätig. Dies mag zunächst überraschen, ist aber dadurch zu erklären, dass sich Studien zur Versorgung Pflegebedürftiger gewöhnlich an Hauptpflegepersonen orientieren, und dies sind meist Frauen ... Männer beteiligen sich aber in hohem und steigendem Maße aktiv an der Pflege“.

Doch insgesamt betrachtet übernehmen nach wie vor mehrheitlich Frauen Hilfe-/Pflegeleistungen. So waren 63,4 % aller im GGS Befragten, die anderen Personen bei normalen Alltagsverrichtungen halfen, weiblich. Darunter betrug der Frauenanteil derer, die ihre (Schwieger-)Eltern unterstützten 60,7 %.

Augenfällig sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Pflegeleistungen unter dem Aspekt des Erwerbsstatus, wie das Beispiel der 50- bis 64-Jährigen⁸ zeigt. 9,3 % der erwerbstätigen Frauen, jedoch nur 4,4 % der gleichaltrigen erwerbstätigen Männer waren als Hilfe-/Pflegepersonen im GGS ausgewiesen. Von den Arbeitslosen waren es 12,3 % der Frauen, dahingegen 7,1 % der Männer. Auch bei

⁷ Zu den Hauptursachen für diesen Tatbestand – siehe Roloff 2009

⁸ Diese Gruppe weist mit 35,1 % den gegenüber den übrigen Altersgruppen höchsten Anteil der Helfenden auf.

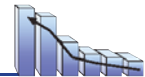
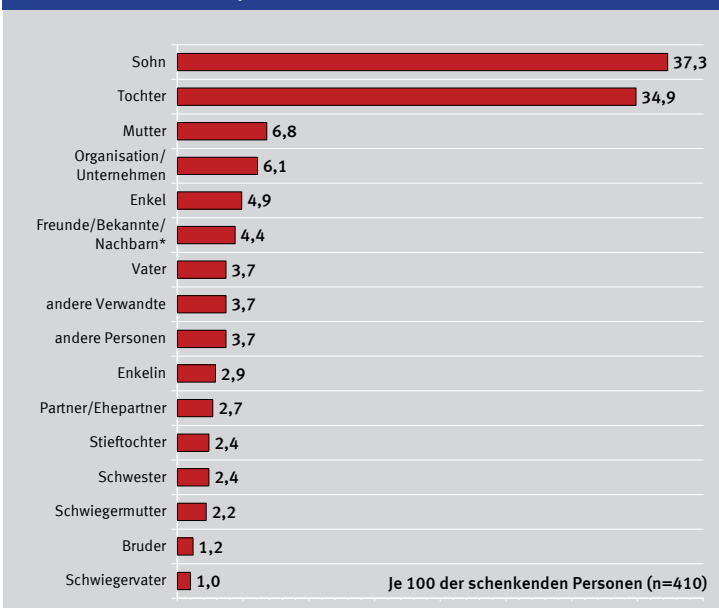


Abbildung 5: Wer erhielt Geld und Sachgeschenke (nur Angaben ab 1 %)?



* Einschließlich Kollegen
 Datenquelle: GGS 2005, eigene Berechnungen, Grafische Darstellung: BiB

BiB

den Ruheständlern waren es mehr Frauen (9 %) als Männer (4,4 %). Den höchsten Anteil an Hilfeleistenden wiesen die Hausfrauen (nur Frauen) mit 13,5 % aus. An dieser Stelle sei erwähnt, dass 88 % der helfenden 50- bis 64-jährigen Hausfrauen vorher im Berufsleben gestanden hatten. Ob sie wegen der Pflegetätigkeiten ihre Erwerbstätigkeit aufgegeben haben, muss jedoch offen bleiben. In diesem Zusammenhang wäre eine nähere Analyse der Wechselwirkung zwischen Frauenerwerbstätigkeit und informellen Tätigkeiten der Frauen von Interesse.

Für die informellen Hilfen zusammengefasst sei erwähnt, dass „das wechselseitige Gewähren von Dienstleistungen wie Krankversorgung, Haushaltshilfen, Kinderbetreuung oder Pflegehilfe, die ja allesamt nur bei persönlicher Anwesenheit erbracht werden können, mit Zunahme der Wohnentfernung zurück (geht)“ (Dallinger/Walter 1999: 57). Diese Tatsache bestätigen auch die Auswertungsergebnisse des GGS – hier am Beispiel der Hilfeleistungen von Kindern gegenüber ihren alleinlebenden Müttern: Von den Befragten, die ihre alleinlebende Mutter regelmäßig pflegten, wohnten 71,1 % nicht mehr als eine halbe Stunde von ihr entfernt.

3. Materielle Hilfe-/Unterstützungsleistungen (materielle Transfers)

Geld, Vermögen und/oder Sachvermögen hatten 410 bzw. 4,2 % aller im GGS Befragten⁹ an nicht mit im Haushalt lebende Personen gegeben.

Abbildung 5 belegt zahlreiche soziologische Untersuchungen, darunter von Motel/Szydlík, „dass die privaten Geld- und Sachtransfers vor allem innerhalb von Familien geleistet werden und insbesondere zwischen Familienmitgliedern verschiedener Generationen erfolgen – in den meisten Fällen zwischen Eltern und Kindern“ (1999: 11).

72,2 % aller im GGS befragten Personen, die Geld-/Sachgeschenke leisteten, taten dies gegenüber ihren Söhnen (37,3 %) und Töchtern (34,9 %). Und somit waren auch 65,9 % aller Schenkenden 50 Jahre und älter.

Dass Enkelkinder direkt beschenkt werden, ist demgegenüber relativ selten, was ebenso für alle übrigen Verwandten, aber auch Nichtverwandten zutrifft (vgl.

Abbildung 5). Und das heißt: „Wer private Transfers erforscht, muss sich somit primär mit den Beziehungen zwischen Eltern und ihren Kindern beschäftigen“ (Motel/Szydlík 1999: 12).

Nahezu alle der an die Kinder geleisteten Geschenke (95 %) waren Geld und/oder Vermögen.

41,2 % der Geldgeschenke an die Töchter erfolgten regelmäßig und 30,3 % gelegentlich. Ein fast analoges Bild ergibt sich bei den finanziellen Transfers an die Söhne – 41,9 % regelmäßig und 30,2 % gelegentlich. Bei den regelmäßigen Geldgeschenken dürfte es sich um Unterstützungsleistungen handeln. „Seitens der Kinder ist es deren Bedarf, der zu materieller Unterstützung veranlasst, abzulesen daran, dass häufiger arbeitslose oder in Ausbildung befindliche Kinder mit Unterstützung rechnen können“ (Dallinger/Walter 1999: 75). Anhand der Daten des GGS ergab sich, dass 76,5 % der Kinder, die regelmäßig Geld von den Eltern erhielten, Auszubildende bzw. Studierende waren.

„Die Bedeutung der intergenerationalen privaten Transfers äußert sich jedoch nicht in ihrer Häufigkeit, sondern auch in ihrem Wert“ (Motel/Szydlík 1999: 13). Entsprechend der Daten im GGS machte der durchschnittliche Gesamtwert

⁹ Dazu lautet die Frage im GGS: „Haben Sie oder Ihr(e) (Ehe-)Partner/in in den letzten zwölf Monaten einmal, gelegentlich oder regelmäßig Geld, Vermögen oder Sachvermögen an eine Person außerhalb Ihres Haushaltes gegeben? Denken Sie dabei bitte auch an Grundstücke und Besitzrechte, die Sie oder Ihr(e) (Ehe-)Partner/in in dieser Zeit jemanden übertragen haben und schließen Sie regelmäßige Zahlungen, zu denen Sie verpflichtet sind, aus.“

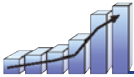
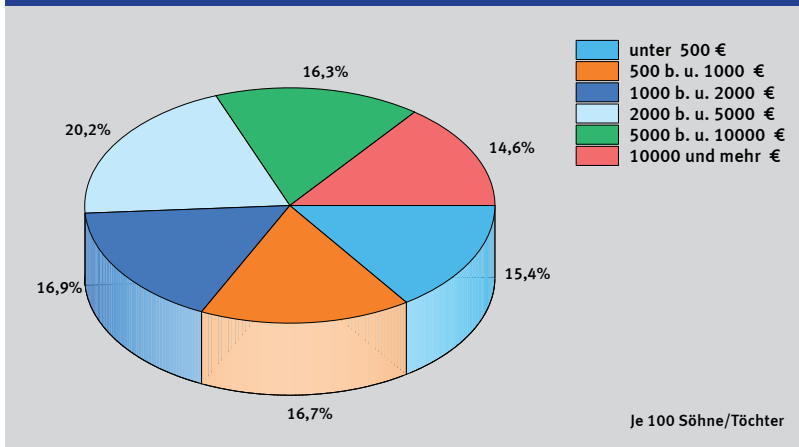


Abbildung 6: Prozentuale Verteilung der von den Eltern innerhalb eines Jahres den Kindern geschenkten Werte (Geld, Vermögen und Sachvermögen)



Datenquelle: GGS 2005, Graphische Darstellung: BiB

BiB

der von den Eltern an die Kinder geschenkten Gelder, Vermögen und Sachvermögen 1.541 € pro Jahr aus. Wie Abbildung 6 zeigt, sind die Beträge relativ breit gefächert. Auf der einen Seite bekamen 15,4 % der Söhne und Töchter unter 500 € und auf der anderen Seite 14,6 % 10.000 € und mehr geschenkt. Der vergleichsweise höchste Anteil lag mit 20,2 % bei 2.000 bis unter 5.000 €.

„Ob Eltern überhaupt materielle Transfers leisten, hängt erwartungsgemäß insbesondere von deren Einkommens- und Vermögenslage ab. Auch spielt der Familienstand des Gebers eine Rolle, insofern als partnerlose Eltern, also meist Witwen oder Geschiedene, weniger transferieren als solche mit Partner. Beide Gruppen sind bekanntlich ökonomisch relativ schlecht gestellt.“ Und: „Naheliegenderweise übt zudem die Enge der Beziehung einen positiven Einfluss auf das Gewähren von materieller Hilfe aus“ (Dallinger/Walter 1999: 75). Das lässt sich anhand des GGS gut nachvollziehen:

→ Keine ein Prozent, d.h. 0,8 % der Eltern mit einem geringen Einkommen¹⁰, dagegen 3,7 % mit einem mittleren und (um eine Vielfaches mehr) 7,5 % mit einem hohen Einkommen hatten ihren Kindern Sach-/Geldwerte geschenkt. Die Einkommenslage ist eng verknüpft mit dem

Bildungsniveau¹¹. Und so sind es hier auch die Eltern mit der geringsten Bildung, die am wenigsten materielle Transfers aufweisen: 1,9 % gegenüber 2,5 % der mit einem mittleren und 5,5 % derer mit einem hohen Bildungsniveau.

→ 29,4 % der Eltern mit Transferleistungen waren zum Zeitpunkt der Befragung partnerlos.

→ Eltern, die gegenüber ihren Kindern Geld-/Sachgeschenke tätigten, waren mit der Beziehung zu ihnen etwas zufriedener (arithmetisches Mittel = 9,0) als diejenigen ohne Transferleistungen (arithmetisches Mittel = 8,7).¹²

Zusammenfassung

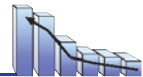
Die vorliegende Analyse ergibt zusammenfassend Folgendes:

- Allgemein betrachtet finden Hilfe-/Unterstützungsleistungen in erster Linie innerhalb der Familien statt. Dem folgen bereits als nächste Adressaten „Freunde, Bekannte, Nachbarn“. Für weiterführende Untersuchungen wäre eine gesonderte Analyse dieser Gruppe empfehlenswert. Gerade im Alter sind Freunde und/oder Bekannte und/oder Nachbarn ein bedeutender Faktor innerhalb sozialer Netzwerke (vgl. Wagner/Schütze/Lang 1996).
- Die Akteure zur Betreuung der Kinder anderer Personen sind überwiegend weiblich und haben zudem selbst Kinder. Sie befinden sich entweder noch in einer Ausbildung/einem Studium („Babysitting“) oder bereits im Ruhestand (Enkelbetreuung).
- Personen, die anderen bei täglichen Verrichtungen helfen, sind größtenteils Frauen im Alter von 50 und mehr Jahren. Signifikanzen zu Elternschaft, Erwerbsstatus, Bildung der Akteure ließen sich hier nicht nachweisen.
- Geld-/Sachgeschenke tätigen insbesondere die Älteren, ab 50-Jährigen, und dies unabhängig vom Geschlecht. Sie haben zumeist zwei und mehr Kinder, sind hoch gebildet und haben (damit eng verbunden) ein hohes Einkommen.

¹⁰ Als geringe Einkommen wurden die erfasst, die weniger als 75 % des durchschnittlich gewichteten Einkommens ausmachten: Einkommen, die mit 125 % und mehr über dem Äquivalenzeinkommen liegen, werden als hohe Einkommen ausgewiesen (Datenquelle: www.bpb.de). Auf alle im GGS befragten Personen mit entsprechenden Angaben bezogen wurde ein monatliches Äquivalenzeinkommen in Höhe von 1.500 € ermittelt.

¹¹ Dieses wird gemäß der Internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen (ISCED97) unterschieden zwischen niedriger Bildung = vorschulische Erziehung, Grundschule, Haupt- und Realschule sowie die gymnasiale Unterstufe, mittlerer Bildung = Ausbildung der dualen Berufsausbildung, der Berufsschulen, die gymnasiale Oberstufe sowie postsekundäre Bildung wie Fachschulen und hoher Bildung = Hochschulabschluss einschl. Promotion.

¹² Die Antwort auf die im GGS entsprechend gestellte Frage war anhand einer Werteskala von 0 bis 10 möglich, d.h. je höher der Wert ist, um so zufriedener sind die Befragten mit der Beziehung zu ihren Eltern bzw. Kindern.

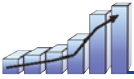


Die Ergebnisse machen auch deutlich und bestätigen zahlreiche andere soziologische Untersuchungen, dass ältere Menschen durchaus nicht, wie oft in der Öffentlichkeit dargestellt, eine Last für die Gesellschaft sind. Im Gegenteil: Sie übernehmen vielfach informelle, also unentgeltliche, Tätigkeiten im privaten wie auch öffentlichen Bereich. Die volle Nutzung dieses Potenzials ist eine der großen Chancen, die fortschreitende Alterung der Gesellschaft positiv zu bewältigen.

Abschließend sei vermerkt, dass es aufgrund der Datelage des GGS nicht möglich war, etwas über die Kontakthäufigkeit, räumliche Nähe und emotionale Bindung der Akteure zu allen Empfängern ihrer informellen und materiellen Hilfeleistungen zu erfahren. Zudem wäre es, um Rückschlüsse auf künftige Geber und Empfänger o. a. Hilfeleistungen ziehen zu können, von Interesse, wie sich deren Empfänger in ihrem soziodemografischen und sozioökonomischen Kontext darstellen.

Literatur

- Dallinger, Ursula/Walter, Wolfgang, 1999: Bericht zur Lage der Generationen. Ifb - Materialien zur Tagung „Erstes, zweites, drittes Lebensalter. Perspektiven der Generationenarbeit“ in der Akademie für politische Bildung, Tutzing, Nr. 2-9
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin): Das Sozio-oekonomische Panel, www.diw.de/deutsch/soep/uebersicht_ueber_das_soep/
- Erlinghagen, Marcel 2008: Ehrenamtliche Arbeit und informelle Hilfe nach dem Renteneintritt. In: Erlinghagen, Marcel/Hank, Karsten (Hrsg.): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften – Theoretische Perspektiven und empirische Befunde, *Alter(n) und Gesellschaft*, Bd. 16 (Hrsg. von Backes, Gertrud M.; Clemens, Wolfgang), VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 93-117
- Hank, Karsten/Erlinghagen, Marcel 2008: Produktives Altern und informelle Arbeit – Stand der Forschung und Perspektiven. In: Erlinghagen, Marcel/Hank, Karsten (Hrsg.): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften – Theoretische Perspektiven und empirische Befunde, *Alter(n) und Gesellschaft*, Bd. 16 (Hrsg. von Backes, Gertrud M.; Clemens, Wolfgang), VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 51-74
- Hank, Karsten/Stuck, Stephanie 2008: Ehrenamt, Netzwerkhilfe und Pflege in Europa - Komplementäre oder konkurrierende Dimensionen produktiven Alterns? In: Erlinghagen, Marcel/Hank, Karsten (Hrsg.): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften – Theoretische Perspektiven und empirische Befunde, *Alter(n) und Gesellschaft*, Bd. 16 (Hrsg. von Backes, Gertrud M./Clemens, Wolfgang), VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 27-50
- Kohli, Martin/Künemund, Harald/Motel-Klingebiel, Andreas/Szydlík, Marc 2000: Grunddaten zur Lebenssituation der 40-85jährigen deutschen Bevölkerung – Ergebnisse des Alters-Survey, Beiträge zur Alterns- und Lebenslaufforschung (hrsg. von Martin Kohli), Band 1, Weißensee Verlag Berlin
- Künemund, Harald 2006: Tätigkeiten und Engagement im Ruhestand. In: Tesch-Römer, Clemens/Engstler, Heribert/Wurm, Susanne (Hrsg.): Altwerden in Deutschland – sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 289-327
- Motel, Andreas/Szydlík, Marc 1999: Private Transfers zwischen den Generationen. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 28. Heft 1, F. Enke Verlag Stuttgart, S. 3-22
- Motel-Klingebiel, Andreas 2000: Alter und Generationenvertrag im Wandel des Sozialstaates – Alterssicherung und private Generationenbeziehungen in der zweiten Lebenshälfte. Beiträge zur Alterns- und Lebenslaufforschung (hrsg. von Martin Kohli), Band 2, Weißensee Verlag Berlin
- Roloff, Juliane 2009: Pflege ist weiblich – Geschlechterdifferenzierte Betrachtung des Pflegebedarfs und Pflegepotenzials. In: Bevölkerungsforschung Aktuell – Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 30. Jg., Ausgabe 3 (online)
- Ruckdeschel, Kerstin et al. 2006: Generations and Gender Survey – Dokumentation der ersten Welle der Hauptbefragung in Deutschland. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Wiesbaden (Hrsg.) Heft 121
- Statistisches Bundesamt 2008: Pflegestatistik 2007 - Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung Deutschlandergebnisse. Wiesbaden
- Wagner, Michael/Schütze, Yvonne/Lang, Frieder R. 1996: Soziale Beziehungen alter Menschen. In: Mayer, Karl Ulrich/Baltes, Paul B. (Hrsg.): Die Berliner Altersstudie, Akademie Verlag, Berlin, S. 301-319
- www.diw.de/deutsch/wb_20/04_private_versorgung_und_betreuung_von_pflegebeduerftigen_in_deutschland/31173.html (Schupp, Jürgen; Künemund, Harald)



Aktuelles

Das BiB im Dialog: Informationsveranstaltung zum demografischen Wandel in Berlin

Am 27. Oktober 2010 fand im Bundesministerium des Innern die diesjährige Informationsveranstaltung des BiB zum demografischen Wandel statt. Nach 2008 und 2009 war dies bereits die dritte Veranstaltung, die das Institut im Rahmen seiner Politikberatung in Berlin abhielt. Vor knapp 50 Teilnehmern präsentierten fünf Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen des BiB aktuelle Forschungsergebnisse zu den Themen Familien und Lebensformen sowie Mobilität und Migration.

In seiner Begrüßungsrede hob der Abteilungsleiter G, Stéphane Beemelmans (BMI), die gestiegene Bedeutung der Demografie und ihre Verflechtung in alle Politikbereiche hervor. Auf welche unterschiedlichen Bereiche sich demografische Veränderungen auswirken, zeigten dann die Beiträge der BiB-Mitarbeiter/innen.

So beschäftigte sich der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, zunächst mit dem Thema „Fernbeziehungen. Ursachen, Entwicklung und Vielfalt haushaltsübergreifender Lebensformen“. Neuere Entwicklungen in der Gegenwart zeigten, so der Familiensoziologe, dass sich die Verbindung von Familie und gemeinsamem Haushalt gelockert hat, was sich unter anderem darin zeige, dass eine relevante Zahl an Personen heute in Fernbeziehungen lebe. Die Gründe hierfür können dabei sehr unterschiedlich sein: Für viele ist die Beziehung auf Distanz ein Lebensstil, der die individuelle Autonomie betone, für andere ist sie aus einer beruflichen Verpflichtung heraus entstanden. Eine Fernbeziehung könne aber auch ein Übergangsstadium vor der Gründung eines gemeinsamen Haushaltes darstellen. Somit müssen je nach Entstehungszusammenhang und Ausgestaltung der Fernbeziehungen unterschiedliche Formen differenziert werden. Im Mittelpunkt seines Vortrags stand dann die Frage, welche Personen typischerweise die Lebensform Fernbeziehung wählen, welche Bedeutung ihr im Spektrum der Lebensformen in Deutschland zukommt und welche gesellschaftlichen Ent-

wicklungen für die Verbreitung von Fernbeziehungen ursächlich sind. Die Zunahme der Distanzbeziehungen steht nach Ansicht von Prof. Schneider im Zusammenhang mit dem Wandel von Familie, Geschlechterrollen, Arbeitsmarkt, Technologie und Wohlstand. Fernbeziehungen sind teuer – von daher ist die Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstandsniveaus eine materielle Voraussetzung für diese kostenintensive Beziehungsform. Insgesamt sind Fernbeziehungen, so Prof. Schneider, als eigenständiger Partnerschaftstypus zu

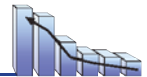
betrachten, dem ähnliche Bedeutung zukomme wie der nichtehelichen Kohabitation. Darüber hinaus legten Studien zu Fernbeziehungen nahe, neben haushaltsbezogenen auch lebensformbezogene Betrachtungen vorzunehmen, um dann die tatsächliche Vielfalt von Lebensformen abbilden zu können.



Die enge Verflechtung der Demografie mit allen Politikbereichen betonte Stéphane Beemelmans, Abteilungsleiter G im BMI, im Austausch mit dem Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider (Foto: C. Fiedler).

Deutschland als Niedrigfertilitätsland (Jürgen Dorbritz)

Deutschland zählt nach wie vor zu den Ländern mit niedriger Fertilität, wobei sich die Fertilitätsmuster in West- und Ostdeutschland unterscheiden. Vor diesem Hintergrund stellte Jürgen Dorbritz anhand der verfügbaren Daten des Mikrozensus 2008 sowie des Generations and Gender Survey (GGG) des BiB die Frage, ob unterschiedliche Fertilitätsmuster in West- und Ostdeutschland durch das Zusammenwirken von strukturellen und kulturellen Variablen erklärt werden können. Zwischen alten und neuen Ländern gebe es nämlich signifikante Einstellungsunterschiede, etwa was die Akzeptanz der außerhäuslichen Kinderbetreuung sowie der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit beziehungsweise egalitärer Geschlechterrollen angehe. Die Analyse zeige, so Dorbritz, dass die unterschiedlichen Fertilitätsmuster in den alten und neuen Bundesländern sich aus einer Kombination von unterschiedlichen Einstellungen und den Chancen, Familie und Erwerbstätigkeit erfolgreich zu verbinden, erklären lassen. Dabei seien in den neuen Bundesländern günstigere Bedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbunden mit vereinbarkeits-



orientierten Einstellungen, die zur Annahme des Angebots der außerhäuslichen Kinderbetreuung führten. Daraus lasse sich, analysierte Dorbritz, die höhere Frauenerwerbstätigkeit und die geringere Kinderlosigkeit im Osten erklären. Für das frühere Bundesgebiet führe dies dazu, dass ein Anstieg des Fertilitätsniveaus an die Auflösung des Zusammenhangs von Kinderlosigkeit und Berufstätigkeit der Frauen geknüpft sei. Hier handle es sich gleichermaßen um ein strukturelles wie kulturelles Problem. Somit stelle sich für ihn die Frage, ob die Ausweitung des Kinderbetreuungsangebots zu einer Änderung der Fertilitätsmuster führen könne. Die Antwort könne nur dann „Ja“ lauten, konstatierte Dorbritz, wenn damit ein Einstellungswandel einhergehe. Dies sei für das BiB ein Grund, verstärkt Leitbildforschung zu betreiben, um Änderungen in den Einstellungen erkennen zu können.

Familien von türkischen Staatsbürgern in Deutschland (Robert Naderi)

Mit familiären Beziehungen und den Einstellungen zur Familie von türkischen Staatsbürgern in Deutschland beschäftigte sich dann Robert Naderi. Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland zum 31.12.2009 rund 1,7 Millionen Männer und Frauen mit türkischer Staatsbürgerschaft lebten, handle es sich hier um eine nicht nur zahlenmäßig überaus relevante Bevölkerungsgruppe. Zudem unterscheidet sich das generative Verhalten türkischer Frauen von deutschen Frauen ohne Migrationshintergrund in der Hinsicht, dass durchschnittlich mehr und früher Kinder geboren werden. Befunde zeigten auch stärker ausgeprägte familiäre Beziehungen und höhere Heiratsneigungen, die ebenfalls für sich genommen einen Einfluss auf generatives Verhalten haben. Demzufolge lassen sich auch Unterschiede in der Verteilung familiärer Lebensformen zwischen Deutschen und Türken beobachten. In seinem Vortrag konzentrierte er sich auf die Unterschiede der Verteilungen statistisch relevanter Lebensformen, wobei er dabei den Zusammenhang zur Einstellungsebene überprüfte. Insbesondere die Frage, was den Unterschied zwischen türkischen Staatsbürgern und der Mehrheit der Menschen ohne Migrationshintergrund in Hinsicht auf die Familie ausmacht und welche Gründe es hierfür geben kann, stand hier im Fokus. Der Soziologe betrachtete auf der Datenbasis des Generations and Gender Surveys des BiB zwei familiäre Beziehungsebenen: die Partnerschaft und die Elternschaft. In der Analyse zeigte sich, so Naderi, dass Männer und Frauen ohne Migrationshintergrund im Vergleich zu türkischen Staatsbürgern häufiger eine geringere Wertschät-

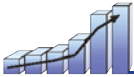
zung von Elternschaft aufweisen und trotz oftmals besserer sozioökonomischer Ausgangslage seltener vor allem in jungen Jahren Eltern sind. Damit seien die Einstellungen gegenüber Elternschaft bei der Unterscheidung zentral. Insgesamt spielten hier Werte und Einstellungen eine zentrale Rolle, auch wenn sozioökonomische Rahmenbedingungen stets berücksichtigt werden müssten.

„Brain drain“ aus Deutschland? Gewinn und Verlust durch die internationale Migration Hochqualifizierter (Lenore Sauer)

Gibt es einen „brain drain“ aus Deutschland oder muss nicht vielmehr von einem „brain gain“ gesprochen werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Vortrags von Lenore Sauer, die erst kürzlich zusammen mit Andreas Ette aus dem BiB ein Buch zum Thema „Auswanderung aus Deutschland“ publiziert hat. Angesichts der Tatsache, dass sich die Auswanderung aus Deutschland zwischen Mitte der 1970er Jahre und heute mehr als verdreifacht hat, ist in Deutschland eine rege Debatte über diese Entwicklung angestoßen worden. Mit Besorgnis wird dabei besonders die Tendenz einer Auswanderung der qualifiziertesten Arbeitskräfte registriert. Diese Argumentation eines „brain drain“ aus Deutschland vernachlässigt allerdings, dass die meisten Migranten nur für einen begrenzten Zeitraum migrieren und wieder zurückkehren. Vor diesem Hintergrund stellte Frau Sauer die Frage, ob sich für Deutschland nun ein positiver oder negativer Wanderungssaldo Hochqualifizierter zeige: Profitiert Deutschland insgesamt von der internationalen Migration im Sinne eines „brain gain“ oder zeigt sich eher ein Verlust im Sinne eines „brain drain?“ Insgesamt, so ihr Résumé, erleide Deutschland im europäischen Kontext durch die internationale Migration bisher keinen signifikanten Verlust – allerdings profitiere es auch nicht von der internationalen Migration Hochqualifizierter. Entgegen landläufiger Annahmen entspräche Umfang und Qualifikationsniveau der europäischen Einwanderer in Deutschland weitgehend dem der deutschen Auswanderer.

Chance oder Risiko? Berufsbedingte räumliche Mobilität (Silvia Ruppenthal)

Ist berufsbedingte räumliche Mobilität Chance oder Risiko für Familie und Beruf? Diese Frage stand im Zentrum des Beitrags von Silvia Ruppenthal. Grundlage ihres Vortrags bildeten die Ergebnisse des Surveys „Job Mobilities and Family Lives“, der in einem Ländervergleich sechs europäische



Länder hinsichtlich der Auswirkungen berufsbedingter räumlicher Mobilität untersucht, darunter auch Deutschland. Neben der Präsentation der verschiedenen Mobilitätsformen betrachtete Frau Ruppenthal die Auswirkungen der Mobilität auf Familie und Beruf. Hier zeigt sich, dass die Mehrheit der Mobilen ihre Mobilität positiv bewertet. Sie kann somit Chancen im Beruf oder für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eröffnen – allerdings gibt es auch Mobile, die sehr problematische Mobilitätserfahrungen machen. So sind zirkuläre Formen der Mobilität (also etwa das Fernpendeln) im Vergleich zu residenteller Mobilität mit mehr Nachteilen und stärkeren

negativen Auswirkungen für die Familie und das Wohlbefinden verbunden. Auf die Eingangsfrage bezogen lässt sich festhalten, so Frau Ruppenthal, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Mobilitätsform, das Ausmaß der Mobilität, die Familiensituation und der Punkt im Lebenslauf, an dem die Entscheidung zur Mobilität notwendig wurde, mitentscheidend dafür sind, ob Mobilität als Chance oder Risiko für Familie und Beruf gesehen wird.

.....
Bernhard Gückel, BiB

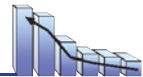
Räumliche Mobilität und die Familie - ESA-Konferenz in Wiesbaden

Vom 16. bis zum 18. September 2010 veranstaltete das BiB ein internationales Meeting der European Sociology Association (ESA). Zu Gast im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden war das Research Network 13 der ESA (Sociology of Families and Intimate Lives) unter der Leitung von Prof. Norbert F. Schneider und Eric D. Widmer aus Genf. Die knapp 50 Wissenschaftler aus 16 Ländern, darunter auch Teilnehmer aus den USA und Australien, tagten zum Thema „Geographical mobility and family life - How to (re-)think family in a mobile world?“. In neun Sessions wurden insgesamt 26 Vorträge gehalten und intensiv diskutiert, wobei auch einige Nachwuchswissenschaftler ihre Forschungsarbeiten präsentierten. Die nachfolgenden kurz vorgestellten (ausgewählten) Vorträge zeigen die Vielfalt der diskutierten Themen.

Der Direktor des BiB, Prof. **Dr. Norbert F. Schneider**, betonte in seiner Eröffnungsrede die Zunahme der Bedeutung räumlicher Mobilität in der Gesellschaft. Der Grundstein für diese Entwicklung wurde in den letzten Jahrzehnten durch soziale, politische und ökonomische Veränderungen gelegt, wobei die zunehmende internationale Vernetzung und eine fortschreitende Globalisierung einen weiteren Anstieg räumlicher Mobilitätsbewegungen erwarten lassen, prognostizierte Prof. Schneider. Dabei wüssten wir allerdings immer noch zu wenig über die Auswirkungen des mobilen Lebens auf das Individuum und soziale Beziehungen. Wie beeinflusst Mobilität das Familienleben und wie wirkt sie sich auf das Familienleben der Menschen aus? Diese und weitere Fragen standen dann im Mittelpunkt der Tagung, deren Themenvielfalt auch in den hier ausgewählten Beiträgen deutlich wird.

Geografische Nähe zwischen älteren Eltern und ihren erwachsenen Kindern: Ein europäischer Vergleich

Mit der geografischen Nähe bzw. Distanz zwischen älteren Eltern und ihren Kindern beschäftigte sich **Bettina Isengard** in ihrem Vortrag. Auf der Grundlage der Daten der zweiten Welle des „Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE)“, der 14 Länder umfasst und unter 33.000 Befragten durchgeführt wurde, untersuchte sie die Generationenbeziehungen in einer vergleichenden europäischen Perspektive. Dabei betonte sie, dass über die länderspezifischen Gemeinsamkeiten und Unterschiede, was die intergenerationelle Solidarität angeht, nur wenig bekannt ist. In ihrem Vortrag interessierte sie vor allem die Frage, welche individuellen Charakteristika bei den Eltern und ihren Kindern und welche Familienstrukturen geografische Nähe und Zusammenleben beeinflussen. Gibt es hier Unterschiede zwischen den europäischen Ländern und wenn ja wie können sie erklärt werden? Forschungsergebnisse für einzelne Länder (insbesondere die USA) zeigen, dass vor allem individuelle Merkmale wie die Ausbildung, das Prestige und das Einkommen von Kindern und Eltern einen grundlegenden Einfluss auf die geografische Nähe haben. Aufgrund der empirischen Analyse der vorliegenden Daten des Surveys lassen sich, so Frau Isengard, folgende Hypothesen formulieren: Je höher die Ausbildung (und somit auch das Prestige und das Einkommen) von beiden – Eltern und Kindern – desto größer die räumlichen Distanzen und desto weniger wird zusammengelebt. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit einer geringeren Distanz zwischen Eltern und Kindern und einem stärker ausgeprägten Zusammenleben im südlichen Teil Europas eher ausgeprägt als im Norden. Darüber hinaus lässt sich zeigen, dass in Ländern mit stark ausgebauten Wohlfahrtsstaaten



und Sozialsystemen die Nähe zwischen den Generationen geringer ist, da hier die Notwendigkeit, in Notlagen auf Familienmitglieder zurückgreifen zu müssen, weniger ausgeprägt ist. Die Familienstrukturen spielen ebenfalls eine Rolle: das Vorhandensein eines Partners und eigener Kinder (auf Seiten der Kinder) führen ebenfalls zu größerer Distanz zwischen den Generationen. Dies gilt für alle untersuchten europäischen Länder, wenngleich länderspezifische Besonderheiten gezeigt werden können, so Frau Isengard.

Räumliche Distanzen der Kinder zum Elternhaus

Wann verlassen Kinder ihr Elternhaus und wie weit entfernen sie sich, nachdem sie ausgezogen sind? Dieser Frage gingen **Ferdinand Geißler**, **Thomas Leopold** und **Sebastian Pink** (Universität Bamberg) in ihrem Beitrag nach. Anhand der Datenbasis des „German Socioeconomic Panel (SOEP)“ untersuchten sie die räumlichen Distanzen zwischen Kindern und Eltern und kamen zu dem Schluss, dass Töchter früher ausziehen als die Söhne und meist in der Nähe der Eltern bleiben – insbesondere dann, wenn sie eine alleinerziehende Mutter hatten. Eine größere Nähe zum Elternhaus gab es auch bei denjenigen, die lokal stark verwurzelt waren und bereits in der Kindheit enge Bindungen an die lokale Umgebung hatten. Die Analysen zeigten weiter, so die Autoren, dass Kinder weiter wegziehen, wenn sie in ländlichen Regionen gelebt und ein höheres Ausbildungsniveau haben. Diese Resultate deuten darauf hin, dass die Wohnsitzwahl durch die Erwartung eines Profits aufgrund der vorherigen Ausbildungsinvestitionen beeinflusst wird.

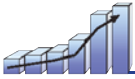
Serbien vor dem Übergang zu neuen Lebensformen?

Mirjana Bobic (Universität Belgrad) befasste sich mit der Frage, wie sich die Lebensformen in Serbien vor dem Hintergrund sozialer und gesellschaftlicher Transformationsprozesse der letzten zwei Jahrzehnte entwickelt haben und ob sich bereits neue Formen des Zusammenlebens herausgebildet haben. Sie betonte zunächst, dass Serbien (ebenso wie die anderen ex-jugoslawischen Staaten) nicht zu den Ländern in der EU gehört, die den Prozess der „Second demographic transition“ durchlaufen haben – also eines tiefgreifenden demografischen Wandels mit Merkmalen wie unter anderem rückläufigen Geburtenzahlen, Rückgang der Bedeutung der Institution Ehe und neue Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens. Trotzdem zeigen, so Frau Bobic, die relevanten demografischen Faktoren auch in Serbien in diese Richtung, die andere europäische Länder schon länger ein-

geschlagen haben. Fallende Eheschließungszahlen und eine zunehmende Zahl von Nichtverheirateten sowie ein permanenter Rückgang der Geburtenziffer (gegenwärtig liegt die TFR bei 1,4 Kindern je Frau) deuten darauf hin. Surveys des „Institute for sociological research of Faculty of Philosophy“ der Universität Belgrad zeigen einen Anstieg der Ein-Eltern-Familie und der Singlehaushalte, insbesondere bei den Älteren. Der Rückgang der Familienhaushalte und der Anstieg nichtfamiliärer Haushalte sind die Folgen einer voranschreitenden Alterung in Verbindung mit einem kontinuierlichen Rückgang der Fertilität. Insgesamt sei aber der Wandel hin zum postmodernen Familienmodell in Serbien noch als eher gering einzuschätzen, betonte sie. Trotz gewisser demografischer Wandlungstendenzen stehen tiefgreifende Verhaltensänderungen hin zu Individualisierungsprozessen mit den Folgen für die Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens dem Land erst noch bevor. Gegenwärtig verhinderten soziale und ökonomische Barrieren solch eine Entwicklung. Sozialwissenschaftliche Surveys hätten gezeigt, dass in Serbien noch nicht von einer Gleichheit der Geschlechter gesprochen werden könne: So ist die Mehrzahl der Frauen mit Hausarbeit beschäftigt und über 60% der untersuchten Fälle müssen dazu noch ältere Angehörige pflegen, während die Männer als Brötchengeber in mehreren Jobs den Lebensunterhalt verdienen. Sowohl bei den kürzer als auch bei den länger verheirateten Paaren zeigten sich Verhaltensmuster, die darauf hinweisen, dass es sich hier nach wie vor um vormoderne Patriarchatsverhältnisse handelt, mit einer starken Autorität des Mannes. Was die Werteprofile bei den Einstellungen angeht, zeigten sich allerdings sowohl vor- als auch postmoderne Elemente. So akzeptierten die Befragten im neuesten Survey von 2008, dass Frauen als Familienernährerin fungieren und Männer die Kinder hüten, aber gleichzeitig wird geglaubt, dass Kinder berufstätiger Mütter in ihrer Entwicklung Schaden nehmen. Diese Diskrepanz bei den Einstellungen reflektiere den sozioökonomischen und kulturellen Kontext einer Gesellschaft, die sich nach wie vor im Übergang befindet, konstatierte Frau Bobic.

Wie mobil sind Chinas Wanderarbeiter? Jobwechsel und räumliche Mobilität

Erste Ergebnisse eines Surveys zur Mobilität chinesischer Wanderarbeiter und ihren Job- und Einkommensverhältnissen präsentierte **Mark Wang** (University of Melbourne, Australien). Dabei betonte er zunächst die Bedeutung der Wanderarbeiter für die rasante chinesische Wirtschaftsent-



wicklung der vergangenen Jahre: Diese Gruppe hart arbeitender Arbeitnehmer habe schließlich entscheidend mit dazu beigetragen, dass günstige Produkte „made in China“ mittlerweile in allen Ecken der Welt verfügbar seien. Für die betroffenen Wanderarbeiter, die überwiegend aus den ärmeren ländlichen Gebieten mit niedrigen Gehältern und hoher Arbeitslosigkeit in die Städte ziehen, um dort zu arbeiten und von den höheren Löhnen zu profitieren, stellten sich vor allem zwei Fragen: ob sie mobil werden und wohin sie gehen werden. Was die räumliche Mobilität der Wanderarbeiter angehe, gebe es hier noch Forschungsdefizite, so Wang.

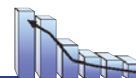
Die bisher ausgewerteten Daten des Surveys unter 3.000 befragten Wanderarbeitern zeigen, dass der vorerst letzte Job, in dem sie arbeiteten, bei der Mehrzahl der Befragten in den größeren Städten Chinas lag – besonders in der Ostküstenregion. Auf die Frage, in welcher Region sie zukünftig arbeiten wollten, entschied sich allerdings mehr als die Hälfte für kleine Städte – und nicht mehr für die Großstädte. Kleinere Städte waren für die Mehrheit somit deutlich attraktiver als die großen und sehr großen Städte. Darüber hinaus ließ sich aus den Befragungen ein weiteres geografisches Muster erkennen. So präferierten viele Wanderarbeiter Regionen im Inland und weniger die Küstenregionen. Insgesamt bevorzugten 30,7% der befragten Wanderarbeiter inländische Regionen als nächsten Arbeitsort. Bei der Auswahl des Arbeitsortes spielt für die meisten die Reiseentfernung zum Wohnort eine wichtige Rolle – vor allem auch wegen der Kosten. Aber auch die Höhe der Löhne und die Lebenshaltungskosten spielen hier eine wichtige Rolle. Somit suchen fast 62% Jobs in ihrer unmittelbaren Heimatregion oder in benachbarten Provinzen. Für sie hat auch eine größere Sicherheit (etwa bei der Lohnauszahlung oder zur Vermeidung unseriöser Praktiken sogenannter „Jobs Agents“) und die lokale Bindung an Familie und Bekannte eine große Bedeutung. Es lässt sich also konstatieren: Bei zwei Drittel der untersuchten Arbeitsmigranten gibt es eine Präferenz für nahegelegene kleinere Städte, in denen sie ihrer Arbeit nachgehen möchten. Herr Wang betonte abschließend, er werde auf der Basis des Surveys weitere Forschungsarbeiten durchführen, vor allem was die berufsbedingten räumlichen Mobilitätsmuster der Migranten in der Vergangenheit in Zusammenhang mit der sozialen Mobilität betreffe. Hier interessiere ihn unter anderem, welche Gruppen der chinesischen Arbeitsmi-

granten den sozialen Aufstieg schaffen – und welche im Gegenzug einen sozialen Abstieg hinnehmen müssen.

Mobilität und ihr Einfluss auf die Familienentwicklung in Portugal

Über ihr Forschungsprojekt zum Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Mustern räumlicher Mobilität und der Familienentwicklung in Portugal als Land mit ausgeprägten historischen Migrationsbewegungen berichteten **Karin Wall, Sofia Aboim, Cátia Nunes, Vasco Ramos und Rita Gouveia**. Sie untersuchten den Einfluss der Migrationsentwicklung auf drei unterschiedliche Generationen von Männern und Frauen in Portugal: die erste Gruppe repräsentierte die vor dem zweiten Weltkrieg geborene Generation, die zweite Gruppe die Nachkriegsgeneration, die in den 1960er Jahren ins Erwachsenenalter kam und die dritte Gruppe die Altersgruppe der EU-Periode zu Beginn der 1990er Jahre. Sie betrachteten nun die unterschiedlichen Migrationsmuster, die jede Generation charakterisierte, wobei sie nicht nur zwischen den Generationen unterschieden, sondern auch innerhalb jeder Altersgruppe. Darüber hinaus untersuchten sie die Migrationsmuster von Männern und Frauen. Es zeigt sich, dass es vor allem in der jüngeren Generation zu neuen Formen der Mobilität insbesondere bei den Frauen kam. Dabei spielt auch die Tatsache eine Rolle, dass die Emigranten der jüngeren Altersgruppe eine höhere Ausbildungsqualifikation vorweisen konnten als die bisherigen Gruppen von Emigranten. Die Verbindung von Mobilität mit der Entwicklung von Familienformen im Zeitverlauf zeigt darüber hinaus, dass sich die historisch unterschiedlichen Mobilitätsformen deutlich auf das Familienleben ausgewirkt haben – insbesondere auch aufgrund der Tatsache, dass vor allem Männer in der Vergangenheit aus Portugal emigrierten und die Frauen allein zurückließen. Die verstärkte Emigration der Männer führte seit den 1960er Jahren zu einem Anstieg der Berufstätigkeit der Frauen in Portugal. Somit dürfe die Verbindung von Mobilität, Familienformen und Beschäftigung nicht isoliert voneinander betrachtet werden, sondern die Analyse müsse alle Faktoren kombiniert betrachten, konstatierten die Wissenschaftler.

.....
Bernhard Gückel, BiB



Weiterer Ausbau des Onlineangebots des BiB: Daten und Fakten zum Thema „Fertilität“

Der Ausbau des Onlineangebots des BiB schreitet weiter voran. In der Rubrik „Daten und Befunde“ finden sich nun Abbildungen, Karten und Tabellen zum Thema „Fertilität“. Was ist eine allgemeine Geburtenziffer? Was versteht man unter dem „Bestandserhaltungsniveau“? Diese und weitere demografische Begriffe zur Fertilität werden durch Definitionen in kurzer und verständlicher Form erklärt. Darüber hi-

naus werden auch Daten für europäische Länder zur Verfügung gestellt. Die dazugehörigen Abbildungen und Tabellen können einzeln heruntergeladen werden.



Vorträge und Interviews von BiB-Mitarbeiter/innen

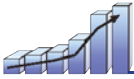
Der Direktor des BiB, **Prof. Dr. Norbert F. Schneider**, hat am 25. September 2010 einen Vortrag bei den Fachforen zur Konversion der Schader-Stiftung in Darmstadt zum Thema „Familie im Wandel“ mit Bezug auf die regionale Entwicklung in Darmstadt gehalten. Im Gegensatz zu anderen Städten sei Darmstadt ein Sonderfall, was die demografische Entwicklung angehe, da es hier nur eine geringe Veränderung in Bevölkerungsgröße und -struktur geben werde, analysierte Prof. Schneider. Zu einem Wandel werde es aber auch hier kommen, da die Zahl der Ein-Personen-Haushalte steige und sich die Familienformen änderten – weg von Ehepaaren mit Kindern und hin zu einer Solidargemeinschaft unterschiedlicher Zusammensetzung.

Auf dem 5. Kongreß der European Society on Family Relations vom 29. September bis 2. Oktober 2010 in Mailand referierte **Prof. Schneider** zum Thema „Family and Parenthood in Contemporary Europe – Sociological Consideration and their Political Implications“. Im Mittelpunkt des Vortrags stand die gegenwärtige Situation von Eltern und Elternschaft und wie die zunehmend schwerer werdenden Aufgaben für Eltern erleichtert werden können, zum Beispiel durch unterstützende politische Maßnahmen. Hier spiele neben finanziellen Transferleistungen besonders die Förderung der Chancengleichheit für beide Geschlechter sowie der Kinderbetreuung eine wichtige Rolle, betonte der Familiensoziologe. Hinzu komme, dass sich das Verhältnis zwischen Familien und Gesellschaft zum Vorteil der Familien ändern müsse. Dies betreffe Einstellungen (etwa zum gewählten Lebensstil) und Werte ebenso wie Investitionen in Bildung gleichermaßen. Auf der gleichen Veranstaltung analysierte **Silvia Ruppenthal** in ihrem Vortrag „Job-related spatial mobility and its impact on family development at family transitions and

families in transition“ die Folgen berufsbezogener räumlicher Mobilität für die Familienentwicklung.

Mit den Trends und Herausforderungen einer alternden Gesellschaft befasste sich **Prof. Schneider** am 20. Oktober im Rahmen der „Distinguished Lectures Series“ zum Thema „Ageing Society – Trends and Challenges“ der Jacobs University Bremen. Im Mittelpunkt seines Vortrags stand die Frage, wie die Zukunft einer alternden Gesellschaft gestaltet werden kann, welche Potenziale sie hat und wie dieses Potenziale zukünftig genutzt werden können.

Bei der Tagung „Frauen leben – Familienplanung und Migration“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 26. Oktober 2010 in Berlin referierte **Prof. Schneider** zum Thema „Demografischer Wandel – Warum Deutschland Familie und Migration“ braucht. Zunächst betrachtete er die gegenwärtige Migrationssituation in Europa, die vor allem durch eine geringe Migrationsdynamik und Umzugsbereitschaft gekennzeichnet ist. Zudem verliere Erwerbstätigkeit als Wanderungsmotiv in Europa an Bedeutung. Migration werde vielmehr durch Pendelmobilität ersetzt. Mit Ausnahme Osteuropas führe räumliche Mobilität immer weniger zu sozialem Aufstieg, sondern zur Vermeidung sozialen Abstiegs, betonte Prof. Schneider. Dabei gebe es einen starken Zusammenhang zwischen Mobilität und Familie, da Familie Mobilität erschwere und umgekehrt – sowohl im Hinblick auf die Familienentwicklung als auch bezüglich der Gestaltung der Familienbeziehungen. Es gebe sowohl innerhalb der europäischen Länder als auch zwischen den Ländern Mobilitätsbarrieren, die für Familien meist höher seien als für Menschen ohne Kinder. Was die Auswirkungen der Migrationsentwicklung angehe, könne ge-



genwärtig nicht davon ausgegangen werden, dass durch verstärkte Zuwanderung die Herausforderungen des demografischen Wandels grundlegend verringert werden könnten.

Beim 9. Koreanischen Forum vom 04. bis 06. November 2010 in Incheon/Songdo (Korea) präsentierte **Prof. Schneider** als Teilnehmer der deutschen Delegation Trends und zukünftige Entwicklungen zum „Demografischen Wandel in Deutschland“. Dabei betrachtete er unter anderem Merkmale des Wandels der Familie, das veränderte generative Verhalten in Deutschland, die Schrumpfung der Bevölkerung und das Wanderungsgeschehen. Er betonte, dass der demografische Wandel in Deutschland nicht einheitlich, sondern disparat verlaufe mit erheblichen regionalen und sozialstrukturellen Unterschieden. Darüber hinaus tangiere er nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Ein Resultat des Austauschs der deutschen und koreanischen Delegierten war ein Schreiben an Bundeskanzlerin Merkel und den koreanischen Staatspräsidenten Lee, in dem die Experten aus beiden Ländern unter anderem auch zur demografischen Entwicklung in beiden Ländern Stellung nahmen.

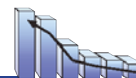
Mit den demografischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Herausforderungen der „alternden Gesellschaft“ hat sich **Jürgen Dorbritz** in seinem gleichnamigen Vortrag bei der Thomas-Morus-Akademie in Bensberg am 23. Oktober 2010 beschäftigt. Neben den Fertilitätstrends in Deutschland, der steigenden Lebenserwartung und der Migrationsentwicklung sowie der zunehmenden Alterung stand vor allem auch das Thema Potenziale des demografischen Wandels im Mittelpunkt.

Am 28. Oktober 2010 hielt **Katharina Becker** bei der internationalen Konferenz „Cultures of Mobilities: Everyday life, Communication, and Politics“ der Universität Aalborg einen Vortrag mit dem Titel „Opportunity or Burden? Job-Related Spatial Mobility and its Advantages and Disadvantages in Everyday Life“. Darin hat sie spezifische Vor- und Nachteile der verschiedenen Arten, mobil zu sein, erläutert und mit dem mit Mobilität verbundenen Belastungsempfinden sowie dem Hintergrund, vor dem die Entscheidung mobil zu werden getroffen wurde, verknüpft.

Andreas Ette stellte am 06. Oktober in der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh die Ergebnisse einer von der Stiftung in Auftrag gegebenen Studie vor. Die gemeinsam mit Lenore Sauer erarbeitete Studie zur Migration von Hochqualifizierten bemüht sich erstmals um einen systematischen internationalen Vergleich der Auswanderung Hochqualifizierter in Europa.

Auf dem 2. Gemeinsamen Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie und der Schweizerischen Gesellschaft für Gerontologie unter dem Thema „Hoffnung Alter“ vom 15.-17. September 2010 in Berlin haben **Robert Naderi** und **Frank Micheel** einen Vortrag zur „Subjektiven Einschätzung der ökonomischen Lage älterer Türkinnen und Türken im Zusammenhang mit ihrer sozialen Einbindung“ gehalten. In ihrem Beitrag wurde die Frage behandelt, wie ältere (55 bis 79 Jahre), in Deutschland lebende Türken ihre ökonomische Lage einschätzen und welche Bedeutung dabei ihre soziale Einbettung hat. Hintergrund ist dafür die allgemeine Diskussion zur Altersarmut, insbesondere älterer Migranten. Basierend auf der Sozialkapitaltheorie wurde die These überprüft, dass auch trotz objektiv negativ zu bewertender ökonomischer Ausstattung, gemessen am Haushaltseinkommen, die Lage besser eingeschätzt wird. Analysiert wurden hierzu die Daten des Generations and Gender Survey. Dabei wurden türkische Staatsbürger mit Deutschen ohne Migrationshintergrund verglichen. Die Ergebnisse bestätigen die These: Primäre Erklärungsvariable ist zwar erwartungsgemäß die tatsächliche Einkommenssituation, positive Einschätzungen kommen jedoch bei einer besseren sozialen Einbindung deutlich häufiger vor. Wenn ältere Personen das Gefühl zum Ausdruck bringen, verlässliche Menschen um sich zu haben, drücken sie auch häufiger aus, dass sie mit ihren finanziellen Mitteln besser und gut zurecht kommen.

Welche Auswirkungen hat der demografische Wandel für die Frauen in ländlichen Regionen? Zu diesem Thema referierte **Juliane Roloff** beim Deutschen LandFrauenverband in Berlin am 27. Oktober 2010. Sie betonte zunächst, dass der demografische Wandel keineswegs ein neues Phänomen sei, sondern sich bereits seit langem in Deutschland vollziehe. Er ist durch ein stetes Sinken der Zahl jüngerer Menschen gekennzeichnet und zugleich durch eine wachsende Zahl der alten und insbesondere der sehr alten Menschen, so dass es zu Strukturverschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung zugunsten der Älteren komme. Wie wirkt sich dieser Wandel nun auf der Altersstruktur in ländlichen Regionen aus? Zunächst dadurch, dass zwischen 1993 und 2009 bereits eine Alterung des Arbeitskräftepotenzials in landwirtschaftlichen Berufen stattgefunden hat und hier besonders bei den Frauen, so Frau Roloff. Zudem komme hinzu, dass die in der Landwirtschaft tätigen Frauen eine wesentlich ungünstigere Altersstruktur als Männer aufwiesen. Der Blick in die Zukunft zeige, dass das Arbeitskräftepotenzial wei-



ter schrumpfen und altern werde, prognostizierte die Demografin, wobei das demografische Altern vorwiegend weiblich geprägt ist. Hinzu komme die höhere Lebenserwartung der Frauen, die auch eine größere Chance haben, tatsächlich alt zu werden. Auch zukünftig werden die bereits jetzt zwischen Mann und Frau bestehenden Unterschiede in den Partnerschaftsformen und Haushaltsstrukturen ihren Bestand haben. Hier gelte: die Frau im Alter ist seltener Ehefrau und öfter Witwe, während der Mann im Alter seltener Witwer und öfter Ehemann ist. Die dominante Lebensform der älteren Frauen wird auch in Zukunft der Witwenstand bleiben.

Erwerbstätig im Rentenalter – Wunsch und Unternehmenswirklichkeit: Frank Micheel (BiB) im Interview mit der Initiative „Erfahrung ist Zukunft“ (Newsletter Oktober 2010)

Das BiB hat sich in einer kürzlich erschienen Studie mit dem Thema „Weiterbeschäftigung im Rentenalter – Wünsche, Bedingungen und Möglichkeiten“ befasst. Im Zentrum stand dabei die Frage, ob Menschen nach dem Erreichen des Rentenalters erwerbstätig bleiben wollen und wenn ja, in welcher Form.

Für die Initiative „Erfahrung ist Zukunft“ der Bundesregierung hat **Frank Micheel** in einem Interview Ergebnisse der Untersuchung erläutert und Lösungsansätze aufgezeigt. Dabei betonte er, dass es wichtig sei, für das Weiterarbeiten im Rentenalter flexible Lösungen zu finden, wie zum Beispiel flexible Arbeitszeitregelungen oder verschiedene Übergangsformen in den Ruhestand, die sich allerdings im Unternehmensalltag bewähren müssten. Als positiv bewertete er, dass das Thema „Demografischer Wandel und ältere Erwerbstätige“ mittlerweile in vielen Unternehmen ernsthaft diskutiert werde. Eine Verbesserung der Arbeitsplatzbedingungen für Ältere erhöhe die Chancen für einen längeren Verbleib im Erwerbsleben deutlich. Allerdings hätten durch die bisherige Vorruhestandspraxis viele Betriebe – vor allem die Großbetriebe – den Umgang mit älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern „verlernt“. Nunmehr gelte es, wieder eine Kultur des Miteinanders zwischen Jung und Alt am Arbeitsplatz aufzubauen, was umso schwerer falle, wenn entsprechende Erfahrungswerte fehlten.

85 % der Auswanderer kehren wieder zurück – Lenore Sauer in der „Zeit“ vom 21. Oktober 2010

In einem Artikel der „Zeit“ hat sich Lenore Sauer zur Problematik des „Auswanderungslandes D“ geäußert. Der Bei-

trag befasste sich mit der Frage, ob Deutschland ein „Brain Drain“ drohe – also ein Verlust der klügsten Köpfe in das Ausland. Sie verneint diese Frage und spricht lieber von einer „brain circulation“, da 2009 auch 115.000 Deutsche aus dem Ausland zurückkamen, unter ihnen nur gut 3.000 Spätaussiedler. Für der Deutschen liebste Auswanderungsländer – die Schweiz und die USA – lägen ihr zwar keine Rückwandererdaten vor, für die Europäische Union gelte aber, dass 85 % wieder zurückkehren und darunter sei ein hoher Anteil an Hochqualifizierten, betonte die Wissenschaftlerin, die selbst zusammen mit Andreas Ette gerade ein Buch zur „Auswanderung aus Deutschland“ im VS Verlag veröffentlicht hat.

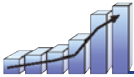
„Den demografischen Wandel gibt es seit mehr als einem Jahrhundert“ – und das BiB forscht und informiert darüber: Jürgen Dorbritz, Reiner Schulz und Frank Micheel über die Arbeit des BiB im „dbb magazin“ (Deutscher Beamtenbund) vom November 2010

In einem ausführlichen Porträt des aktuellen „dbb magazin“ haben Jürgen Dorbritz, Reiner Schulz und Frank Micheel die Aufgaben und Schwerpunkte des BiB vorgestellt und dabei auch neue Felder für die weitere Forschung des BiB thematisiert. Im Gespräch zeigte sich dann vor allem, wie vielschichtig das Thema Bevölkerungsforschung ist.

Zunächst betonte Jürgen Dorbritz besonders die praxisnahe Vorlaufforschung im BiB, die Bereiche umfasst, die von den Wissenschaftlern für aktuell und perspektivisch wichtig gehalten werden, wobei er einräumte, dass es darauf ankomme, die richtigen Themen zu finden. Gerade auch durch die Vorlaufforschung entstehen neue Forschungsansätze. So habe sich das BiB nun stärker den Leitbildern zugewandt, also der Frage, was junge Leute bestärke, Kinder zu bekommen.

Eine weitere wichtige Aufgabe des Instituts bestehe in der Bearbeitung von Themen, die das BiB vom Bundesinnenministerium übertragen bekomme, so Reiner Schulz. Hier gehe es meist um kurzfristige Untersuchungen, die der Politik rasch Expertisen zu aktuellen politischen Themen an die Hand geben.

Dass es sich beim Thema demografischer Wandel keineswegs um ein neues Phänomen handle, sondern es diese Entwicklung schon seit mehr als einem Jahrhundert gebe, betonte Dorbritz. Seit dem zweiten Geburtenrückgang zwischen 1965 und 1975 blieb die Geburtenentwicklung in Deutschland auf niedrigem Niveau. Der Rückgang führe dazu, dass



auf die geburtenstarken Jahrgänge der „Baby Boomer“ immer mehr zahlenmäßig schwächere Jahrgänge folgten, so dass Elterngenerationen nicht mehr durch die Kindergenerationen ersetzt würden. Hinzu komme eine nicht aufhaltbare demografische Alterung, konstatierten die beiden Wissenschaftler, was die Gesellschaft vor unterschiedliche Herausforderungen stelle.

Wie vielschichtig sich der demografische Wandel auswirkt, zeigt die Arbeit eines Teams im BiB, dass sich mit den Folgen des Wandels für die zentralen Arbeitsgebiete der Bundesressorts beschäftigt, dem auch der wissenschaftliche Mitarbeiter Frank Micheel angehört. Er betonte, dass die Konsequenzen der Schrumpfungs- und Alterungsprozesse in der Bevölkerung für die Handlungsfähigkeit der Bundesverwaltung wissenschaftlich noch kaum erforscht seien, obwohl die Auswirkungen längst absehbar seien – schließlich waren schon im Jahr 2005 mehr als ein Drittel der im öffentli-

chen Dienst des Bundes Beschäftigten über 50 Jahre alt. Somit müssten Antworten auf Fragen gefunden werden – unter anderem wie die Lücken, die das ausscheidende Personal hinterlässt, gefüllt und das Erfahrungswissen der älteren Beschäftigten dauerhaft gesichert werden könne. Für dringend geboten halte er daher neben dem lebensbegleitenden Lernen beim Personal auch den Wissenstransfer von älteren zu jüngeren Kollegen. Schließlich werden nach Berechnungen des BiB im Jahr 2020 die über 50-jährigen den größten Anteil in der Bundesverwaltung ausmachen und gleichzeitig keine vergleichbar große Gruppe jüngerer Mitarbeiter nachrücken. Diese Beispiele zeigen vor allem eins: Das Thema Demografischer Wandel in all seinen Facetten wird das BiB auch zukünftig intensiv beschäftigen.

Bernhard Gückel, BiB

Literatur aus dem BiB

Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 01/02-2009

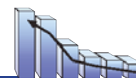
Die Ausgabe 01/02-2009 ist im Erscheinen. Sie ist eine Doppelausgabe und widmet sich schwerpunktmäßig dem „Generations and Gender Survey“ (GGG) des BiB. Die insgesamt sechs Beiträge beinhalten Analysen von bilokalen Beziehungen und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in Paarbeziehungen (auch im interkulturellen Vergleich), Aspekte des Kinderwunsches im Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich, nationale Partnerwahl und die ökonomische Lage älterer Türken im Zusammenhang mit sozialer Einbindung.

Die Beiträge im Einzelnen:

- Robert Naderi, Jürgen Dorbritz und Kerstin Ruckdeschel: Der Generations and Gender Survey in Deutschland – Zielsetzung, Verortung, Einschränkungen und Potenziale
- Jürgen Dorbritz: Bilokale Paarbeziehungen – die Bedeutung und Vielfalt einer Lebensform (begutachteter Beitrag)

- Annelene Wengler, Heike Trappe und Christian Schmitt: Alles wie gehabt? Zur Aufteilung von Hausarbeit und Elternaufgaben in Partnerschaften (begutachteter Beitrag)
- Anja Steinbach: Die häusliche Aufgabenteilung bei Paaren mit türkischem Migrationshintergrund und einheimischen deutschen Paaren im Vergleich (begutachteter Beitrag)
- Kerstin Ruckdeschel: Rabenmutter contra Mère Poule: Kinderwunsch und Mutterbild im deutsch-französischen Vergleich (begutachteter Beitrag)
- Helen Baykara-Krumme und Daniel Fuß: Heiratsmigration nach Deutschland: Determinanten der transnationalen Partnerwahl türkeistämmiger Migranten (begutachteter Beitrag)
- Frank Micheel und Robert Naderi: Subjektive Einschätzung der ökonomischen Lage älterer Türiinnen und Türiken im Zusammenhang mit ihrer sozialen Einbindung (begutachteter Beitrag)





Neue Zeitschrift des BiB „Comparative Population Studies“ seit Oktober 2010 online verfügbar

Die neue wissenschaftliche Online-Zeitschrift „Comparative Population Studies“ des BiB ist seit Anfang Oktober 2010 online verfügbar unter www.comparativepopulationstudies.de. Sie ersetzt nach 34 Ausgaben die Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft und ist konzipiert als „open access“-Publikation. Alle Artikel sind sowohl in Englisch als auch in Deutsch verfügbar. Die Studien werden viermal jährlich erscheinen, wobei zwei Ausgaben im Jahr von Gastherausgebern betreut werden. Mit dieser neuen Form der Publikation trägt das BiB den sich wandelnden Veröffentlichungsformen in der Wissenschaft Rechnung.

Veröffentlicht werden ausschließlich begutachtete, unveröffentlichte wissenschaftliche Abhandlungen zu Themen der Bevölkerungswissenschaft und Nachbargebieten. Die Beiträge können einem breiten Themenspektrum der Demografie sowie Bevölkerungs- und Familienforschung entstammen und Schwerpunkte in empirischer Forschung, Theorie und Methodik haben. Die Zeitschrift veröffentlicht Aufsätze mit einer räumlichen oder vergleichenden Perspektive zu regionalen Themen mit Betonung der deutschsprachigen Länder und Europas oder Bevölkerungsfragen im globalen Maßstab. Wissenschaftlich begleitet wird das Journal von einem Beirat. Alle Beiträge unterliegen einem Reviewverfahren durch zwei unabhängige Gutachter.

Beiträge in Deutsch oder Englisch für die Jahrgänge ab 2010 sind jederzeit willkommen, ebenso wie Bewerbungen

von Gastredakteuren für Themenhefte. CPoS führt ab sofort eine Datenbank mit Gutachtern, für die sich qualifizierte Personen registrieren können.

Die Inhalte sind in verschiedenen Datenbanken erschlossen, werden über DOI und URN identifiziert und bei der Deutschen Nationalbibliothek hinterlegt.



Die Ausgabe 01/2010 ist bereits online verfügbar und enthält folgende Beiträge

- Oliver Arránz Becker, Daniel Lois, Bernhard Nauck: Unterschiede in den Fertilitätsmustern zwischen ost- und westdeutschen Frauen. Differenzierung der Rollen des kulturellen Hintergrunds und des Transformationsprozesses
- Alexander Schulze: Einkommensveränderungen von Familien rund um die Geburt von Kindern in Deutschland zwischen 1985 und 2004
- Darja Reuschke: Berufsbedingtes

Pendeln zwischen zwei Wohnsitzen – Merkmale einer multilokalen Lebensform in der Spätmoderne

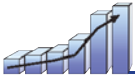
- Olga Pötzsch: Kohortenfertilität: Ein Vergleich der Ergebnisse der amtlichen Geburtenstatistik und der Mikrozensus-erhebung 2008



Personalien

Seit dem 01. Oktober 2010 arbeitet Herr **Thomas Skora** als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand im BiB und verstärkt dort den Forschungsschwerpunkt „Räumliche Mobilität im Lebensverlauf“. Er hat Soziologie an der Universität Mainz studiert und wird im Institut Entstehungszusam-

menhänge sowie Konsequenzen räumlicher Mobilität für die Familienentwicklung sowie für Partnerschaftsbiographien erforschen. In diesem Forschungsbereich liegt auch der Schwerpunkt seines Promotionsvorhabens.



Buch im Blickpunkt

**Gabriele Doblhammer/Rembrandt Scholz (Hrsg.): Ageing, Care Need and Quality of Life. The Perspective of Care Givers and People in Need of Care
VS Verlag Wiesbaden 2010**

Eine steigende Lebenserwartung und die Alterung der Bevölkerung führen zu einem wachsenden Anteil älterer Menschen – insbesondere der Hochbetagten –, die künftig pflegebedürftig sein werden. Verbesserungen bei der medizinischen Gesundheitsversorgung können diesen Trend bis zu einem gewissen Grad ausbalancieren, aber eben nicht vollständig kompensieren. So werden ab dem Jahr 2030 die großen Kohorten der „Baby-Boomer“, die zwischen 1950 und Mitte der 1960er Jahre geboren wurden, ein Alter erreichen, in dem der Pflegebedarf ansteigen wird. Dieser Band analysiert die Verknüpfung der Felder Gesundheit, Pflegebedarf und Pflegeressourcen, wobei das Hauptaugenmerk auf Deutschland gerichtet ist.

Aber auch andere europäische Länder wie England, Belgien und Finnland werden betrachtet. Der Band ist in drei Teile gegliedert: Der erste Teil präsentiert verschiedene Projektionen des Pflegebedarfs für Deutschland. Heiko Pfaff entwickelt hier auf der Basis der 11. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zwei unterschiedliche Szenarien des zukünftigen Pflegebedarfs: ein Szenario, das einen stabilen und eins, das einen rückläufigen Pflegebedarf prognostiziert. Dabei zeigen seine Prognosen in beiden Varianten allerdings eine zunehmende Zahl an Menschen mit Pflegebedarf, wobei sich der insgesamt bessere Gesundheitszustand der älteren Menschen dämpfend auf den Pflegebedarf auswirken wird. Insgesamt machen seine Prognosen deutlich, dass besonders in Ostdeutschland zukünftig ein sehr hoher Anteil an pflegebedürftigen Menschen leben wird.

Eckart Bomsdorf, Bernhard Babel und Jens Kahlenberg entwickeln in ihrem Beitrag vier verschiedene Szenarios der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis 2050. Ihre Ergebnisse zeigen, dass der Pflegebedarf lang-

fristig zunehmen wird, sowohl absolut als auch relativ. Dabei spielt hier besonders die weiter steigende Lebenserwartung eine entscheidende Rolle, während die Auswirkungen der Fertilitätsentwicklung sowie der Migration nur geringe Effekte auf den steigenden Bedarf haben.

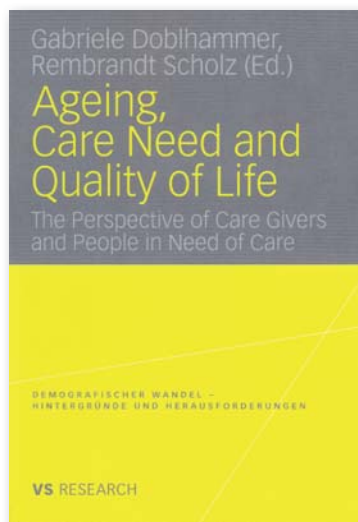
In welchem Ausmaß ist die Zunahme des Pflegebedarfs eine Konsequenz der sich ändernden Altersverteilung bis zum Jahr 2020 und inwieweit kann ein verbesserter Gesundheitszustand der Älteren diesen Anstieg kompensieren? Rainer Unger ist diesen Fragen nachgegangen, und kommt zu dem Schluss, dass Verbesserungen des Gesundheitszustands zu einem Rückgang der Zahl besonders der pflegebedürftigen Frauen führen.

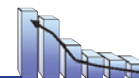
Ob und in welchen Ausmaß sich Angebot und Nachfrage für den Pflegebedarf bei den über 75-Jährigen zukünftig ändern werden, ist das Thema von Gabriele Doblhammer und Uta Ziegler, die ebenfalls eine gestiegene Nachfrage nach Pflegeleistungen konstatieren, allerdings wird auch

das potenzielle Angebot an informeller Pflege durch Kinder und Partner bis 2030 anwachsen.

Mit Projektionen zur Zahl der Menschen, die im eigenen Umfeld gepflegt werden und dem Potenzial an Pflegepersonal in den Familien beschäftigt sich Erika Schulz. Ihre Ergebnisse zeigen, dass bei der Zahl der potenziellen Pflegekräfte unter 65 Jahren mit einem Rückgang gerechnet werden muss, während hier bei den Älteren ein Anstieg erfolgt. Das würde bedeuten, dass auch die potenziellen Pflegekräfte in den Familien immer älter werden.

Wie sich die Zahl und die Verbreitung der demenzkranken Menschen in den kommenden Jahren entwickeln werden untersuchen Uta Ziegler und Gabriele Doblhammer. Dabei prognostizieren sie einen kontinuierlichen Anstieg der demenzkranken Älteren bis 2050, wobei hier der Hauptgrund in der steigenden Lebenserwartung liegt.





Welche Rolle Gesundheitsfaktoren für den künftigen Pflegebedarf spielen, analysieren Gabriele Doblhammer, Wilma Nusselder, Rasmus Hoffman und Elena Muth im zweiten Teil des Bandes. Sie zeigen die Zusammenhänge zwischen Faktoren wie Geschlecht, Übergewicht und Rauchen und den Gesundheitszuständen auf. So werden beispielsweise Übergewichtige im Alter weitaus öfter zum Pflegefall und haben nur geringe Chancen auf eine Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Am Beispiel Finnland untersuchen Mike Murphy und Pekka Martikainen, welchen Einfluss vier Faktoren (am Lebensende stehend, Familienstand, Geschlecht und Alter) auf die Dauer der Langzeitpflege (auch im Pflegeheim) haben. Es zeigt sich, dass der Faktor Alter der wichtigste Determinant für Langzeitpflege darstellt, während das nahende Lebensende größere Relevanz für akuten kurzzeitigen Pflegebedarf hat.

In Zukunft wird insbesondere die Gruppe der Hochbetagten weiter anwachsen. Damit wird es immer wichtiger, genaue demografische Schätzungen zur zahlenmäßigen demografischen Entwicklung dieser Altersgruppe der über 90-Jährigen zu bekommen. Dafür bedarf es nach der Analyse von Elke Hoffmann und Juliane Nachtmann belastbarer demografischer Daten. Die gegenwärtig verfügbare Datenlage für Deutschland erschwert es, die Situation der 90-Jährigen und Älteren einzuschätzen, da es aufgrund des Mangels detaillierter Daten nicht möglich ist, den künftigen Pflegebedarf für diese Altersgruppe zu kalkulieren. Dabei wird es in Zukunft immer wichtiger werden, die Ursachen und Abhängigkeiten des Pflegebedarfs gerade auf diese Altersgruppe zu fokussieren.

Im letzten Kapitel dieses Teils betrachten Gabriele Doblhammer und Uta Ziegler individuelle Gesundheitsverläufe bei über 50-jährigen Westdeutschen über zwei Perioden in den 1980er und 1990er Jahren. Die Resultate zeigen, dass die Gesundheitsentwicklung sich in den beiden Phasen angeähert hat und es einen generellen Trend hin zu einem besseren Gesundheitszustand gibt.

Im Fokus von Teil 3 des Bandes stehen die Pflegekräfte – insbesondere die informellen Pflegenden. So untersucht Benedicte de Koker das Wohlbefinden der Pflegekräfte in Flandern. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass es signifikante Unterschiede bei der wahrgenommenen Belastung der Pflegekräfte gibt, je nachdem ob der Partner oder die Kinder pflegen. Ihrer Ansicht nach spielt dabei die emotionale Beziehung zwischen Pflegekräften und Pflegebedürftigen eine entscheidende Rolle für die Wahrnehmung der Pflegenden, wie belastend die Pflege für sie ist.

Zum Schluß analysieren Tatjana Mika und Michael Stegmann die Bereitschaft zur freiwilligen Pflege im Lebenslauf jüngerer und älterer weiblicher Geburtskohorten in Ost- und Westdeutschland nach der Etablierung einer Pflegeversicherung im Jahr 1996. Es zeigt sich, dass Pflege überwiegend eine weibliche Angelegenheit ist: So haben 14 % der Frauen in West- und 10 % der Frauen in Ostdeutschland in ihrem Lebensverlauf Menschen gepflegt. Bei den Männern waren es nur 1 % in West- und 2 % in Ostdeutschland. Darüber hinaus sind die pflegenden Frauen eher familienorientiert und überwiegend nicht berufstätig. Auch zwischen Jungen und Älteren gibt es Unterschiede: So sind die jüngeren Geburtskohorten von 1955 nicht so stark engagiert bei der Pflege wie die älteren Kohorten.

Bernhard Gückel, BiB

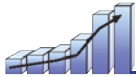
Aktuelle Literatur kurz vorgestellt

Norbert F. Schneider/Detlev Lück (Hrsg.):
Zeitschrift für Familienforschung: Ausgabe 2/2010
mit dem Schwerpunktthema: Mobility and family.
22. Jahrgang, Heft 2 Verlag Barbara Budrich Opladen
2010

Im Mittelpunkt der Ausgabe 2/2010 der Zeitschrift für Familienforschung steht das Schwerpunktthema „Mobility and family.“ Gastherausgeber des Bandes sind der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, und Detlev Lück, die bei-

de auch einen einleitenden Beitrag mit dem Titel „Increasing Job Mobility – changing family lives“ zum Heft beige-steuert haben. Sämtliche Aufsätze des Bandes befassen sich mit verstärkter beruflicher Mobilität und den sich daraus ergebenden Konsequenzen in sechs europäischen Ländern: Deutschland, Frankreich, Spanien, Polen, der Schweiz und Belgien.

Datenbasis für die Analysen ist die 2007 abgeschlossene Studie zu „Job Mobility and Family Lives in Europe.“

**Die Beiträge im Einzelnen:**

Detlev Lück & Norbert F. Schneider: Introduction to the special issue on Mobility and family: Increasing job mobility – Changing family lives

Gil Viry, Eric D. Widmer & Vincent Kaufmann: Does it matter for us that my partner or I commute? Spatial mobility for job reasons and the quality of conjugal relationships in France, Germany, and Switzerland

Geraldo Meil: Geographic job mobility and parenthood decisions

Beate Collet & Estelle Bonnet: Decisions concerning job-related spatial mobility and their impact on family careers in France and Germany

Detlev Lück: Walking the tightrope. Combining family life and job mobility

**Andreas Motel-Klingebiel/Clemens Tesch-Römer:
Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys. W. Kohlhammer Verlag 2010**

Wie Menschen älter werden, wie lange sie leben und wie sich ihr Leben im Alter gestaltet, wird durch soziale und gesellschaftliche Bedingungen beeinflusst. Diese Bedingungen ändern sich über die Zeit und bilden den Hintergrund für einen Wandel der späteren Lebensphasen. Zu den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zählen eine gestiegene Lebenserwartung, Veränderungen in der Erwerbswelt, neue Lebenslaufmuster und Familienformen sowie ein Wandel in den gesellschaftlichen Werten und Normen und den Ver-

sorgungs- und Sicherungssystemen. Dieses Buch beschäftigt sich mit der Lebensphase Alter und zeigt auf der Grundlage des Deutschen Alterssurveys (DEAS), welcher Wandel sich vollzieht. Dadurch werden Chancen, Risiken und Gestaltungsoptionen für eine Gesellschaft des langen Lebens deutlich. Der DEAS wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. (Verlagstext)

**Frank Baasner:
Migration und Integration in Europa.
Nomos Verlag 2010**

Die europäischen Gesellschaften sind einem rasanten Wandel unterworfen. Migration innerhalb der EU und von außerhalb verändert unseren Lebensalltag, vor allem in wirtschaftlich und sozial dynamischen Städten und Regionen. Migration und Integration sind Aufgaben für ganz Europa, und finden doch auf nationaler, auch lokaler Ebene statt. Um eine wirksame Diskussion zwischen den Beteiligten aus unterschiedlichen Ländern zu ermöglichen, muss man über die verschiedenen Hintergründe und Traditionen Bescheid wissen. Zu diesem Wissen möchte der vorliegende Band einen Beitrag leisten.

Mehr als 10 Länderstudien und viele Fallstudien erlauben einen differenzierten Blick auf die Formen, mit denen in europäischen Ländern mit dem Phänomen der Einwanderung und mit der Integrationsproblematik umgegangen wird. (Verlagstext)

Impressum

**Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – 31. Jahrgang**

Schriftleitung: Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Redaktion: Bernhard Gückel

Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden

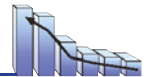
Telefon: (0611) 75 22 35

E-Mail: bib@destatis.de

Internet: www.bib-demografie.de

ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0620106

„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bib-bev-aktuell@destatis.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de). – Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 6/2010 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.



Kinderzahl nach Parität versus Durchschnittliche Kinderzahl je Frau

von Dr. Manfred G. Scharein*

Eine Vielzahl von demografischen Studien der jüngeren Vergangenheit deutet auf folgende Veränderungen hin: Zum einen nimmt (für Deutschland) die Kinderlosigkeit zu und wird zukünftig sogar über 20 % liegen. Zum anderen gehen die Anteile von Frauen mit drei oder mehr Kindern zurück. Sind sämtliche Anteile der Frauen einer Geburtskohorte gemäß den von ihnen geborenen Kindern am Ende ihrer gebärfähigen Phase bekannt, so lässt sich daraus die durchschnittliche Kinderzahl je Frau dieser Geburtskohorte von Frauen ausrechnen. Einige Modellrechnungen sollen im Folgenden verdeutlichen, wie Variationen in diesen Anteilen und die durchschnittliche Kinderzahl je Frau zusammenhängen.

Um Missverständnisse zu vermeiden, bedarf es allerdings vorher noch einer begrifflichen Klärung. In der Demografie werden die drei Bezeichnungen „Anzahl der Kinder, die von Frauen geboren worden sind“, „Kinder nach ihrer Ordnungsfolge“ und „Kinder nach der Parität“ synonym verwendet, und dabei letztere Bezeichnung besonders gerne, vermutlich weil sie am kürzesten ist. Dabei ist strenggenommen die Parität – dieser Begriff leitet sich von dem lateinischen Verb parere = gebären ab – ein Merkmal der Mutter und beschreibt im originären Sinne die Anzahl der Niederkünfte von Frauen, wohingegen die anderen beiden Begriffe ein Merkmal des Kindes beschreiben (Das wievielte Kind ist es?). Zumeist sind bei der synonymen Verwendung der Begriffe aber die Anzahl der von einer Frau geborenen Kinder gemeint, wobei die Totgeburten in der Regel nicht mit einbezogen werden. Auch im Rahmen dieser Abhandlung werden diese Begriffe in der hier skizzierten, erweiterten Gleichbedeutung verwendet.

Es stellt sich nun die Frage, wie die Frauen nach Parität in Deutschland verteilt

sind. Dazu ergibt sich aus dem Mikrozensus des Jahres 2008 für die Frauen der Geburtskohorte 1960 folgendes Bild (vergleiche auch Tabelle): 17,8 % der Frauen hatten keine Kinder, 24,1 % ein Kind, 40,0 % zwei Kinder, 12,9 % drei Kinder und 5,2 % vier oder mehr Kinder. Rechnerisch bedeutet dies eine durchschnittliche Kinderzahl je Frau von circa 1,64 Kindern (für die heute 50-jährigen Frauen). Für später als 1960 geborene Frauen gibt es jedoch für die Verteilung der Frauen nach Parität keine valide Schätzung, da diese Geburtskohorten noch nicht am Ende ihrer gebärfähigen Phase (in der amtlichen Statistik wird dieses zur Zeit mit der Vollendung des 50sten Lebensjahres unterstellt) angekommen sind. Es soll jedoch im Folgenden nicht darüber spekuliert werden, wie die Verteilung der Frauen nach den Paritäten (im Weiteren hier mit „Paritätenverteilung“ bezeichnet) in der Zukunft aussehen könnte. Vielmehr wird bei den folgenden Überlegungen nach Art hypothetisch bleibender Modellrechnungen der Wirkungszusammenhang zwischen der Paritätenverteilung und der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau veranschaulicht.

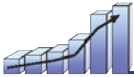
Ausgangspunkt der mathematischen Modellrechnung ist ein Gleichungssystem, bestehend aus zwei Gleichungen und mit insgesamt sechs unbekanntem Variablen (zur weiteren Erläuterung der Modellrechnungen siehe Kasten). Dieses Gleichungssystem ist bezüglich zweier der sechs unbekanntem Variablen eindeutig lösbar, wenn man für vier der sechs unbekanntem Variablen Werte vorgibt. Dies genügt, um über eine „geeignete“ Wahl von vier Variablen die Zusammenhänge der Paritätenverteilung mit der durchschnittlichen Kinderzahl auszuloten. Für die folgende Argumentation wird die durchschnittliche Kinderzahl je Frau exemplarisch stets mit einem Wert von 1,8 Kindern vorgegeben (dieser Wert entspricht in etwa dem Durchschnitt der zusammen-

gefassten Fertilitätsziffern der nordischen Länder, die im Zusammenhang mit der Geburtenhäufigkeit gerne als eine Art Vorbild zitiert werden). Des Weiteren wird die Quote der Kinderlosigkeit stets (es sei denn, es wird explizit anderes angegeben) auf 20 % gesetzt, womit dem Anstieg dieser Quote in der jüngeren Vergangenheit auf etwa diesen Wert Rechnung getragen werden soll.

Die Anteile der Frauen mit höheren Paritäten seien für die erste Modellrechnung für Parität Drei mit 10 % und für Parität Vier mit 5 % festgelegt, womit insgesamt nur 15 % aller Frauen (einer Geburtskohorte am Ende ihrer reproduktiven Phase) drei oder mehr Kinder geboren haben sollen. Aus diesen Angaben ergeben sich für die Fragen, ob unter diesen Bedingungen eine durchschnittliche Kinderzahl je Frau von 1,8 Kindern erreichbar wäre und wie sich dann die Anteile der Frauen auf die Paritäten Eins und Zwei verteilen, die folgenden beiden Antworten: (1) Ja, der Wert von durchschnittlich 1,8 Kindern je Frau wäre erreichbar und (2) 65 % der Frauen müssten zwei Kinder und keine Frau dürfte nur ein Kind im Lebensverlauf geboren haben. Als weiteres Ergebnis folgt daraus, dass unter den vorgegebenen Annahmen bezüglich der Paritäten Null, Eins und Vier das Bestandserhaltungsniveau für Deutschland von durchschnittlich circa 2,1 Kindern je Frau unmöglich erreichbar wäre. Selbst das Erreichen des Wertes von durchschnittlich 1,8 Kindern je Frau wäre unter den vorgegebenen Bedingungen wenig realistisch, da dann aus rein mathematischen Gründen Ein-Kind-Mütter ausgeschlossen wären.

Für die zweite Modellrechnung werden nunmehr sowohl der Anteil von Frauen ohne Kinder wie auch der Anteil der Frauen mit einem Kind auf jeweils 20 % festgelegt. Der Anteil der Frauen mit Parität Vier erhält wiederum den Wert 5 %. Bezüglich einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,8 Kin-

* Manfred G. Scharein besetzt im BiB das Ressort „Methodische Unterstützung und Beratung“ und forscht im Forschungsschwerpunkt „Generatives Verhalten, Wandel der Familien- und Lebensformen und private Lebensführung“.



Erläuterung zur Methodik

Im Rahmen der mathematischen Modellrechnung werden die Anteile der Frauen nach der Parität ebenso wie die durchschnittliche Kinderzahl als unbekannte Variablen aufgefasst. Letztere ergibt sich aber als Summe der mit den Anteilen gewichteten Paritätenkennziffern und lässt sich somit als mathematische Gleichung darstellen. Die allgemeine Gleichung zur Berechnung der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau (da dieser Wert a priori unbekannt ist, sei er hier mit β bezeichnet) auf Basis der Anteile der Frauen bzgl. ihrer Kinderzahl besitzt folgende Darstellung:

$$a_0 \cdot 0 + a_1 \cdot 1 + a_2 \cdot 2 + a_3 \cdot 3 + a_4 \cdot 4 = \beta \tag{1}$$

Dabei stehen die Variablen a_0, a_1, a_2, a_3 und a_4 als Platzhalter für die ebenso a priori unbekanntem Anteile der Frauen bzgl. ihrer Kinderzahlen 0, 1, 2, 3 oder 4 (zur Vereinfachung sei hier die maximale Anzahl von Kindern je Frau auf den Wert Vier begrenzt). Diese Anteile können jeweils nur Werte aus dem reellen Zahlenbereich von Null bis Eins annehmen (mit anderen Worten liegen sie zwischen Null und 100%). Dass sich die Anteile der Frauen insgesamt zu 1 (bzw. zu 100 %) aufaddieren müssen, kann man durch eine weitere Gleichung beschreiben:

$$a_0 + a_1 + a_2 + a_3 + a_4 = 1 \tag{2}$$

Hat man z. B. $a_0 = 0,2 ; a_1 = 0,2 ; a_2 = 0,3 ; a_3 = 0,2 ; a_4 = 0,1$ gegeben, so errechnet sich die durchschnittliche Kinderzahl je Frau über Gleichung (1) wie folgt:

$$\beta = 0,2 \cdot 0 + 0,2 \cdot 1 + 0,3 \cdot 2 + 0,2 \cdot 3 + 0,1 \cdot 4 = 1,8$$

Dabei ist gleichzeitig Gleichung (2) erfüllt:

$$0,2 + 0,2 + 0,3 + 0,2 + 0,1 = 1$$

Aus der Mathematik ist bekannt, dass ein aus den beiden Gleichungen (1) und (2) bestehendes Gleichungssystem mit den sechs a priori unbekanntem Variablen a_0, a_1, a_2, a_3, a_4 und β vier sogenannte Freiheitsgrade besitzt. Das heißt, um das Gleichungssystem eindeutig lösen zu können, muss man für vier der sechs unbekanntem Variablen Werte vorgeben. Dann lassen sich durch relativ einfache mathematische Umformungen Lösungen für die noch unbekanntem anderen beiden Variablen berechnen.

Gemäß dem bereits angeführten Beispiel seien die Anteile kinderloser Frauen und der Frauen mit zwei beziehungsweise vier Kindern gemäß der Paritätenverteilung des Mikrozensus 2008 für die Geburtskohorte der 1960 geborenen Frauen vorgegeben, und es sei gefragt, wie groß die Anteile von Frauen dieser Kohorte mit einem Kind beziehungsweise drei Kindern sein müssten, damit eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,8 Kindern je Frau erreicht würde. Somit seien formal folgende Werte vorgegeben:

$$a_0 = 0,178 ; a_2 = 0,4 ; a_4 = 0,052 ; \beta = 1,8$$

Mit recht einfachen mathematischen Umformungsschritten lassen sich daraus die gesuchten Werte mit folgendem Ergebnis ausrechnen:

$$a_1 = 0,159 ; a_3 = 0,211$$

Unter den vorgegebenen Bedingungen für die Anteile der Frauen nach den Paritäten 0, 2 und 4 müssten also 15,9 % der Frauen ein Kind und 21,1 % der Frauen drei Kinder bekommen haben, um eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,8 Kindern je Frau zu erreichen.

dem je Frau ergeben sich nun die Anteile der Frauen für die Parität Zwei von 25 % und für die Parität Drei von 30 %. Dieses Ergebnis wirkt zwar auf den ersten Blick plausibler, irritiert aber trotzdem insofern, als es eine beträchtliche Differenz zwischen den Anteilen der Frauen nach Parität Drei und Parität Vier von 25 Prozentpunkten erzeugt. Der Anteil der Frauen, die drei oder mehr Kinder gebären, läge für diesen Fall folglich bei 35 %.

Im Rahmen der dritten Modellrechnung wird von der Grundannahme der „hohen Kinderlosigkeit“ (hier 20 %) und „geringe Anteile Frauen mit Parität Vier“ (hier 5 %) abgewichen. Reduziert man die Kinderlosigkeit um zehn Prozentpunkte und erhöht die Anteile der Frauen mit vier Kindern auf 10 %, so erhält man bei einer Festlegung des Anteils der Frauen mit Parität Zwei auf 30 % für die Anteile der Ein-Kind- und Drei-Kinder-Mütter Werte von 35 % und 15 %. Bleibt die Kinderlosigkeit hingegen bei dem Wert von 20 %, so scheint ein Ziel von durchschnittlich 1,8 Kindern je Frau eher erreichbar, wenn auch Anteile von Frauen mit Geburten der Parität Fünf zugelassen werden. Zur Illustration erzeugt zum Beispiel auch die Verteilung 20 % (Parität 0), 30 % (Parität 1), 20 % (Parität 2), 15 % (Parität 3), 10 % (Parität 4) und 5 % (Parität 5) eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,8 Kindern je Frau. Eine Paritätenverteilung, die sogar einen Wert von 2,05 Kindern je Frau generiert, findet man für Frauen der Geburtsjahrgänge 1950 bis 1959 in Frankreich: 10 % (Parität 0), 19 % (Parität 1), 39 % (Parität 2), 22 % (Parität 3), 10 % (Parität 4 und höher).

Wie die verschiedenen Modellrechnungen und Beispiele zeigen, die in der Tabelle zusammengefasst sind, ist der Wirkungszusammenhang zwischen der Aufteilung von Frauen einer Geburtskohorte nach den Paritäten und der durchschnittlichen Kinderzahl komplex. Trotzdem bestätigen sich auch hier die bekannten beiden Trends: Sowohl steigende Anteile kinderloser Frauen als auch sinkende Anteile kinderreicher Frauen wirken auf die durchschnittliche endgültige Kinderzahl je Frau eher reduzierend.

Tabelle: Verschiedene Verteilungen von Frauen nach Paritäten und die zugehörige durchschnittliche Kinderzahl je Frau (in %)

	0	1	2	3	4	5	Durchschnittliche Kinderzahl je Frau
Mikrozensus 2008, Geburtskohorte 1960	18	24	40	13	5		1,64
Modellrechnung 1	20	0	65	10	5		1,80
Modellrechnung 2	20	20	25	30	5		1,80
Modellrechnung 3	10	35	30	15	10		1,80
Beispiel Paritätenverteilung für fünf Paritäten	20	30	20	15	10	5	1,80
Frankreich, Geburtskohorten 1950-1959	10	19	39	22	10		2,05

Die blau unterlegten Felder enthalten die im Rahmen der Modellrechnungen vorgegebenen Werte.